

Ulbricht sucht den Kontakt zu Brandt

Im Frühjahr 1969 wollte der Staatsratsvorsitzende der DDR, Walter Ulbricht, im Vorfeld der Wahl des Bundespräsidenten Kontakt mit dem Außenminister der BRD und Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, aufnehmen. Dieser Brief hat seinen Empfänger bedauerlicherweise nie erreicht. Wie ist das zu erklären? „Die Staatssicherheit notierte mehrmals, dass Wehner alle Fäden in der Hand halte; im Frühjahr 1969, im Zusammenhang mit der Bundespräsidentenwahl in Berlin, sei es ihm gelungen, einen Brief Ulbrichts an W. B., den Vorsitzenden der SPD, abzufangen. Vor und nach der Wahl zum Bundeskanzler sprach er W. B. die Befähigung rundum ab“, konstatiert Brigitte S.-B.

Allerdings fiel es Herbert Wehner auch nicht sonderlich schwer, den Brief abzufangen. Dr. Wolfgang Vogel, der als Bote fungieren sollte und von dem seine „Auftraggeber“ in Ost-Berlin glaubten, sie hätten ihn für etwas angeworben, übergab diesen Brief von Walter Ulbricht seinem Ansprechpartner Herbert Wehner aus der SPD, der ihn seinem CDU-Kanzler Kiesinger übergab. Auch an dieser Stelle wird schlagend deutlich, dass Dr. Vogel in erster Linie für Bonn gearbeitet hat und erst dann und für Bonn hin und wieder Gespräche mit der Staatssicherheit der DDR führte. Es ist nicht gut, den B.-N.-D. zu unterschätzen.

Der Ost-Berliner Chefaufklärer Markus Wolf nahm diesen Vorgang so wahr: „Die verschiedenen Drähte zu westdeutschen Politikern sorgten immer wieder auch für Verwirrung. Während über unseren Kanal der Brief Ulbrichts an Brandt gegangen war, hatte Rechtsanwalt Vogel gleichzeitig seinen Kontaktmann Wehner von dem Angebot informiert. Der wiederum schloss sich nicht mit Brandt kurz, sondern gab die Nachricht an den CDU-Kanzler Kiesinger weiter. Kiesinger ließ sofort den sowjetischen Botschafter Zarapkin per Hubschrauber kommen, um zu demonstrieren, dass es keine Verhandlungen mit der DDR an der Sowjetunion vorbei gebe.

Brandt blieb nichts anderes übrig, als Ulbrichts Offerte schroff zurückzuweisen. Gleichzeitig jedoch ließ uns Klaus Schütz indirekt über Her-

mann von Berg wissen, dass man an Verhandlungen interessiert sei. Wir sollten nur die anderen »Scheißkerle«, gemeint waren die von der CDU, aus dem Spiel lassen. Statt mit einer realistischen Initiative die Offensive in der Deutschlandpolitik zu ergreifen, hatte unsere politische Führung nur Porzellan zerschlagen. Dabei sagten uns verlässliche Quellenberichte, dass es sowohl auf dem Kiesinger-Flügel der CDU als auch bei der SPD bemerkenswerte Anzeichen für die Bereitschaft zu vernünftigen Lösungen in der West-Berlin-Frage gab.“ Ist es hier nicht göttlich erfrischend, wie herzlich er wieder einmal alle großen Jungs außer sich selbst kritisiert? Vogel, der nach seiner Wahrnehmung von der Staatssicherheit angeworben worden war, hatte sich nicht an die militärische Disziplin gehalten und den Adressaten eines offiziellen Schreibens ohne eine Rückfrage bei seinem Auftraggeber kurzerhand eigenmächtig abgeändert. Der Komiker Otto hätte den Boten völlig zu Recht gefragt: Wie lange haben Sie jetzt eigentlich für uns gearbeitet? Morgen mal weggerechnet.

Brandt verließ sich freilich auf den üblen Leumund Ulbrichts, den ihm Fremde übermittelt hatten, weil er doch Kommunisten so schrecklich fand: „Ich bin ihm nie begegnet, aber mehr als einmal ist er mir, auch von östlichen Gesprächspartnern, als Besserwisser und Nervtöter geschildert worden. Bei aller Fremdheit hat mich seine Sturheit doch irgendwie beeindruckt, und ich meinte ihm zugute halten zu sollen, dass unter seiner Verantwortung – anders als in Prag und Budapest – keine Schauprozesse mit Todesurteilen über »Abweichler« stattfanden.“ Später konnte er es Schmidt zugute halten, dass er selbst nicht als Abweichler erschossen wurde. Von wegen: Er ist mir als Nervtöter geschildert worden. Und ausgerechnet in diesem Kontext hörte die gute Seele auch auf östliche Berater. Helmut Schmidt hatte wohl ganz Recht, als er schrieb: „Brandt neigte nicht zur verfassungsrechtlichen oder militärstrategischen oder ökonomischen Analyse, er suchte und fand seine Urteile mehr im Gespräch mit seiner unmittelbaren Umgebung.“ Und da waren offensichtlich gerade östliche Gesprächspartner in seiner unmittelbaren Umgebung. So kam es, dass er sein Urteil über Herrn Ulbricht im Gespräch mit denen formte. Das ist sehr traurig.

Brandt sucht den Kontakt zu den Demokraten in Bonn

Seit 1954 hatte sich die Sowjetunion um ein System kollektiver Sicherheit in Europa bemüht. Einen neuerlichen diplomatischen Vorstoß in diese Richtung unternahmen die Staaten des inzwischen entstandenen Warschauer Vertrages am 17. März 1969 von der ungarischen Hauptstadt Budapest aus. Diesbezüglich führte *Der Spiegel* ein Interview mit Willy Brandt, in dem der Außenminister unter anderem auch gefragt wurde: „Halten Sie deshalb, eben weil Sie einen gewissen Meinungswandel im Ostblock zu spüren glauben, die in Budapest vorgeschlagene europäische Sicherheitskonferenz für sinnvoll? Auch dafür wird Ihnen ja von Kiesinger und der CDU/CSU Trautmäntzerei vorgeworfen.“ Darauf antwortete der gute Mann unter anderem: „Das mit der Trautmäntzerei verstehe ich nicht. Herr Kiesinger scheint übersehen zu haben, was in diesem Augenblick deutsche Regierungspolitik ist. Meine Beamten sind jedenfalls im Nato-Rat daran beteiligt, eine konstruktive Position zu erarbeiten.“ Das war ja eines der Probleme an Kanzler Kurt Georg Kiesinger, dass er in seinen späteren Lebensjahren immer alles übersah. Dass man in den dreißiger Jahren anfang, immer unflätiger über die Juden zu sprechen, hatte er damals jedenfalls nicht übersehen.

Der Kontrast zwischen der unbeirrt durchgezogenen Nachkriegspolitik und der Stimmung in der Bevölkerung wurde mit den Jahren immer größer. Wie schon in den fünfziger Jahren wollte das Publikum in der Bundesrepublik ein Ende der ständigen Kriegsgefahr. Das zeigte sich auch in einer Frage des *Spiegel*-Redakteurs, die sich auf den aktuellen Wahlkampf des Jahres 1969 bezog: „Sie selbst sind die besondere Zielscheibe der CDU/CSU geworden. Kiesinger verkündet landauf, landab, Ihnen könne man die Außenpolitik nicht mehr anvertrauen“, woraufhin Brandt erwiderte: „Aber da ist draußen im Lande vieles anders geworden, die CDU weiß es nur noch nicht.“ In erster Linie wollte es die CDU-Führung auch gar nicht wissen, weil es vollkommen egal war, was die Leute zwischen Frankfurt an der Oder und Aachen wollten.

Über die verdammt hartnäckigen Widerstände gegen eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa berichtete Brandt: „Sowohl vor dem Bundestag, im März 1969, wie gegenüber den USA und der NATO in Washington, im April 1969, wiederholte ich in deutlichen Worten, dass auf die Teilnahme der Vereinigten Staaten und Kanadas an einer solchen Konferenz nicht verzichtet werden könne. Gleichzeitig habe ich keinen Zweifel daran gelassen, dass die Beteiligung der Bundesrepublik an einer europäischen Sicherheitskonferenz keinen oder wenig Sinn mache, wenn das Verhältnis zwischen den beiden Teilen Deutschlands nicht vorher geregelt sei. Ich überschätzte die Hebelwirkung nicht, mochte mir aber doch den Hinweis nicht versagen: Wenn einer der beiden Hochzeiter nicht erscheine, sei der andere vermutlich wenig erfreut. Die westlichen Bündnispartner verstanden den Wink. Sie machten sich unsere Erfahrungen zu eigen und ergänzten sie mit der Forderung, dass vorweg auch ein befriedigendes Viermächteabkommen über Berlin zustande gebracht werde. [...] Warum nicht aus bundesdeutscher Überzeugung und Interessenlage den inneren Zusammenhang herausarbeiten zwischen europäischer Sicherheit, Rüstungsbegrenzung, nuklearer Nichtverbreitung?“ Warum eigentlich nicht? Vielleicht, weil nicht alle das wollten, was er erreichen wollte?

Schließlich hatte Brandt eine bundesdeutsche Interessenlage im Kopf, die sich von jener seiner demokratischen Mitspieler unterschied. Zu Beginn seiner ersten Amtsperiode als Bundeskanzler hatte Dr. Konrad Adenauer erklärt: „Wenn ich vom Frieden in der Welt und in Europa spreche, dann, meine Damen und Herren, muss ich auf die Teilung Deutschlands zurückkommen. Die Teilung Deutschlands wird eines Tages – das ist unsere feste Überzeugung – wieder verschwinden. Ich fürchte, dass, wenn sie nicht verschwindet, in Europa keine Ruhe eintreten wird. Diese Teilung Deutschlands ist durch Spannungen herbeigeführt worden, die zwischen den Siegermächten entstanden sind. Auch diese Spannungen werden vorübergehen. Wir hoffen, dass dann der Wiedervereinigung mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ostzone und in Berlin nichts mehr im Wege steht.“

Doch vor der Aufstellung der ersten Truppenteile der Bundeswehr hatte Adenauer zu seinem Verteidigungsminister Franz Josef Strauß gesagt: „Wissen Sie, Herr Strauß, wenn wir die ersten 6000 Mann haben, dann geht es weiter. Wir müssen vollendete Tatsachen schaffen“, und er fügte hinzu, auch wenn es zu einer Einigung der Großen Vier komme, werde es die Wiedervereinigung nur am Konferenztisch, nicht aber in Wirklichkeit geben. Aber das hat er leider Gottes nicht zu Brandt gesagt. Natürlich hatte Brandt Recht – nur über Abrüstung konnte irgendeine Diskussion über die Vereinigung Deutschlands in Reichweite kommen. Doch über die groß aufgezugene *Spiegel*-Affäre, die angebliche Bonner Vorhaben für einen nuklearen Erstschlag in die Welt posaunte, bis hin zu Dr. Adenauers Stoßseufzer Anfang 1967, also kurz vor seinem Tod, als er den Vertrag zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen ein „Super-Versailles“ und einen „Morgenthau-Plan im Quadrat“ nannte, drehte sich jede Überlegung in Bonn darum, wie man eine Entspannung der Lage oder gar ein Ende des Kalten Krieges verhindern konnte. Man hatte sich ja nach dem Krieg nicht umsonst so viel Mühe gegeben, den Kalten Krieg in die Wege zu leiten.

Vielleicht hielt sich Willy Brandt ja für den zweiten Menschen nach Egon Bahr, der dann endlich den Zusammenhang zwischen anhaltender militärischer Frontstellung der beiden Teile Deutschlands und der Teilung des Landes begriffen hatte. Auf jeden Fall war er über seine politischen Mitstreiter und seine Kontrahenten erstaunt, die ihrerseits durchaus keinen Beitrag zur Entspannung der Lage leisten wollten. Er setzte fort: „Alle drei Elemente weckten das Misstrauen des Partners in der Koalition. Kiesinger selbst stieß auf beträchtliche Widerstände der rechten Ecke seiner Partei; mir kam zu Ohren, dass die bayerische CSU mit dem Austritt aus der Koalition gedroht habe. Dabei hatte niemand offen opponiert, als ich im Dezember 1967 erklärte, wir wollten an einem Abkommen mitwirken, das im Zuge einer ausgewogenen Verminderung aller Streitkräfte auch zum stufenweisen Abbau der Kernwaffen in Europa führe; in meiner Genfer Rede aktualisierte ich gleichzeitig das Thema der biologischen und chemischen Waffen.“

Er hatte so viele gute Ideen, und dazwischen war kein guter Gedanke. Der allerbeste Gedanke wäre natürlich gewesen, dass die ehemaligen Studenten Strauß und Kiesinger um ihn herum nicht dümmer waren als er, der ehemalige Journalist Brandt selbst. So war das Reifezeugnis, das Franz Strauß nicht im Lotto gewann, „das beste dieses Jahrgangs. In Religion, Deutsch, Latein, Griechisch, Englisch, Mathematik, Physik, Geschichte und Geographie erhielt ich ein »hervorragend«, also die Note 1, nur im Turnen musste ich mich mit einem »lobenswert« begnügen“, so unser stolzer Absolvent. „Als erläuternde Bemerkung war hinzugefügt: »In der schriftlichen Prüfung erzielte er in allen Fächern die gleichen vorzüglichen Ergebnisse, wie sie schon der Jahresfortgang aufweist. Die mündliche Prüfung wurde ihm erlassen. Während seines Aufenthalts an der Anstalt hat er sich durch seinen ernstesten, zielbewussten Fleiß, seine lebendige Teilnahme am Unterricht und seine sittliche Führung das volle Lob und Vertrauen aller seiner Lehrer erworben. Er verlässt die Schule mit einem durchweg sehr erfreulichen Maß gediegener Kenntnisse. Er ist körperlich sehr gut entwickelt, ein gewandter Turner und Radfahrer. Besondere Erwähnung verdienen seine hervorragenden Leistungen in Kurzschrift.«“

In einer von Brandts Antworten in dem besagten *Spiegel*-Interview wird deutlich, dass der freundliche Kanzler Kiesinger so tat, als sei er für Brandts Außenpolitik, er könne sich nur nicht gegen die vielen Abgeordneten durchsetzen, die keine Entspannung wünschten: „Je länger die Große Koalition dauerte, umso weniger erfolgreich war der Kanzler in seinem Bemühen, seine Parteifreunde bei der beschlossenen Regierungspolitik zu halten.

Die CDU/CSU wollte, trotz besserer Einsicht vieler ihrer Leute, ihre schon toten heiligen Kühe nicht beerdigen. Und der Kanzler sah sich nicht in der Lage, die Beerdigung der heiligen Kühe, von denen er wusste, dass sie tot sind, zu erzwingen.“ Auf der anderen Seite wird in einer von Carola Sterns Auslassungen deutlich, wie man die Leute verdummt. Sie verwendet genau dieses Zitat und setzt nach „Beerdigung der heiligen Kühe“ für: „von denen er wusste, dass sie tot sind“ auf Seite 88 drei Punkte. Platzmangel war der Grund übrigens nicht.

Arnulf Baring sah jedoch auch Bundeskanzler Kiesinger auf der Seite der Gegner der Entspannung: „Wenn es am Ende der CDU/CSU-SPD-Koalition irgendwo haperte, dann bei der Entspannungspolitik.“ In der westdeutschen Innenpolitik konstatierte der populäre Politologe einen „Konflikt zwischen Kiesinger und Brandt. Hätte er überbrückt werden können, wäre vielleicht auch anderes anders gekommen.“ Auch hier verdunkelt die Sprache, wovon sie spricht. Was wäre wie gekommen?

Und gleich wird es noch wesentlich dunkler. Herr Baring erzählte dem Publikum auch, wie unselbstständig die Kampfahne Kiesinger und Brandt gewesen seien. Über den Kanzler hieß es: „Besondere Komplikationen verursachte, dass beide Kontrahenten nicht als starke Figuren galten. Kiesinger zog zwar nach wie vor viele Sympathien auf sich. Noch im September 1969 wünschten ihn 52 Prozent der Bevölkerung als Bundeskanzler; zwei Jahre zuvor waren es sogar 70 Prozent gewesen. Aber er wurde für entschlossenlos gehalten, womit man ihm übrigens zum Teil Unrecht tat. Denn wie schon sein Vorgänger Erhard und dann seine Nachfolger, die CDU-Vorsitzenden und Kanzlerkandidaten Barzel und Kohl, war er in erheblichem Maße abhängig von Strauß.“ Über Kiesingers Außenminister schrieb er: „Ähnlich unselbstständig sah man Brandt. Hier war Wehner der maßgebliche Hintermann – zumindest im Urteil der Union. Aber auch von den eigenen Leuten wurde Brandt keineswegs enthusiastisch wieder als ihr Spitzenkandidat herausgestellt.“

Nun kann man nicht sagen, dass der populäre Politologe gelogen hätte. Er sagt ja, dass man Kiesinger „übrigens zum Teil Unrecht tat“, war er doch gar nicht entschlossenlos, sondern schaffte es, Verhandlungen in jeglicher Angelegenheit bis zur nächsten Bundestagswahl drei Jahre lang zu verhindern. Das war eine reife Leistung. Es ist kein Wunder, dass sich heute kein Mensch mehr an Kiesinger erinnern kann. Er hat ja auch nichts gemacht. Und das war ein Kraftakt, bei einem so hinterhältigen Außenminister, der die italienischen Kommunisten benutzte, um die Deutschen zu vereinigen. Dass andererseits Strauß Kiesinger

im Nacken gesessen haben könnte, geben die *Erinnerungen* von Herrn Strauß ihrerseits mit keiner Silbe her.

Was Herrn Brandt angeht, würde ich ebenfalls nicht direkt von einer Unselbstständigkeit reden. Er bewegte sich einfach nur wie ein Eisbär auf einer abgebrochenen Scholle im offenen Meer. Ich entnehme den Worten Barings, dass die Eingeweihten in der Union wussten, dass es nicht darauf ankam, was er auf seiner Scholle den ganzen Tag lang so trieb. Entscheidend war, dass Wehner alle Fäden in der Hand behielt.

Außenminister Willy Brandt ließ sich jedoch von all den Hindernissen nicht von seinem Ziel abbringen: „In der ersten Hälfte des Jahres 1969 führte ich ein halbes Dutzend langer Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter; er besuchte mich auch auf Bühlerhöhe, wo ich eine Rippenfellentzündung auskurierte. Nach der Sommerpause setzten wir den Meinungsaustausch fort, im September äußerte sich Moskau auch offiziell zu unserer Initiative in Sachen Gewaltverzicht und bot Verhandlungen an. [...] Gleich nach der Wahl, am 28. Oktober, erschien Zarakin bei mir und übermittelte den Wunsch des Kreml, dass die neue Bundesregierung das Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten normalisiere und der Entspannung in Europa den Weg bereite. Dem Verhältnis zur Sowjetunion kam ein für fast alle erkennbares eigenes Gewicht zu. Die Beziehungen mit den Staaten zwischen Deutschland und Russland getrennt regeln zu wollen, wie es vor meiner Zeit im Auswärtigen Amt versucht worden war, konnte nicht gelingen.“ Nö, aber das wussten andere Mitspieler auch schon eher und das sicherte vielen Beamten des Auswärtigen Amtes ihre Arbeitsplätze seit Jahren.

Nach Brandts *Erinnerungen* legte Präsident Nixon bei der NATO-Ministerkonferenz in Washington im April 1969, bei der das 20jährige Bestehen der Allianz begangen wurde, besonderen Wert darauf, dass sich Bonn „nicht auf eine »selektive«, von Moskau bestimmte Form von Entspannung“ einlassen sollte. Auch hier wird sehr deutlich, dass die Amerikaner unbeirrt an ihrem Ziel der Vereinigung Deutschlands fest-

gehalten haben. Sonst hätten sie sich problemlos auf Breshnjews Form von Entspannung einlassen können.

Der Kampf gegen Brandt dauerte inzwischen schon doppelt so lange wie der Zweite Weltkrieg. Doch der Eisbär blieb völlig unbeeindruckt im Ring. Hören Sie sich seine Wahrnehmung des nächsten Versuches an, ihn doch noch vor der nächsten Bundestagswahl zu vergraulen: „Eine regelrechte Regierungskrise löste, Frühjahr 1969, ein Land im fernen Südostasien aus: Kambodscha. Unter gewiss nicht zimperlicher sowjetischer Einwirkung hatte Prinz Sihanouk – wie die Regierungen Ägyptens und einiger anderer arabischer Staaten zuvor – die DDR anerkannt. Also sollten von uns aus die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden. Die *dpa*-Nachricht hierüber erreichte mich während eines Besuchs in der Türkei; drastische Schilderungen, wie unwirsch – »Mir reicht's!« – ich hierauf reagierte, waren zutreffend.“

Und sogleich war die Presse zur Stelle und nutzte diesen Aufhänger, um das verehrte Publikum darauf einzustimmen, dass „jener Abend am Bosphorus“ deutlich gemacht habe, dass Brandt „für eine Wieder Auflage der Großen Koalition nicht zur Verfügung stünde“.

Der Willy war schon ein Spaßvogel wider Willen: „Ich konnte es nicht für vernünftig halten, unsere Flagge einzuholen, wo immer die unserer deutschen Konkurrenten gehisst wurde. Und es war ja kaum noch möglich, die DDR aus wichtigen internationalen Gremien – beginnend mit der Weltgesundheitsorganisation – herauszuhalten. Während einer Nachtsitzung im Kabinett wurde eine »Lösung« gefunden, die man das »Kambodschieren« nannte: Die Beziehungen zu Phnom Penh sollten nicht abgebrochen, nur eingefroren werden. Spaßvögel wider Willen haben daraus die Version abgeleitet, Kiesinger sei mir im Mai 1969 durch jenes »Einfrieren« entgegengekommen. Tatsächlich hatte ich mich aus jener nächtlichen Kabinettsitzung vorzeitig davongestohlen und an Rücktritt gedacht. Aber das wäre dann doch nicht angemessen gewesen. Außerdem standen Wahlen bevor.“

Auch Carola Stern wusste zu berichten, dass Kanzler Kiesinger diese Gelegenheit nicht ungenutzt verstreichen ließ: „Im Frühjahr 1969, als Kambodscha die DDR anerkannte, kam es zu schweren Differenzen, ob Bonn darauf hart oder elastisch reagieren sollte. Kiesinger versuchte, Brandt in eine für diesen unakzeptable Situation zu manövrieren. Er spekulierte auf den Rücktritt Brandts – ein Rücktritt, der der CDU/CSU angesichts des bevorstehenden Bundestagswahlkampfes sehr gelegen gekommen wäre. Zwar einigte man sich schließlich auf den Kompromiss, die Beziehungen zu Kambodscha nicht abzubrechen, wie man im Kanzleramt erwog, sondern »einzufrieren«, doch Brandt fasste in diesen Wochen den Entschluss, ab Herbst mit den Liberalen zu regieren – wenn nicht anders möglich mit nur einer Stimme Mehrheit.“

Dass es nicht um die Anerkennung der DDR durch ein asiatisches Land ging, sondern um das Vergraulen eines einsamen Eisbären, wird klar, wenn derselbe Kanzler zwei Jahre zuvor diplomatischen Beziehungen mit Rumänien zustimmte und die Beziehungen mit Jugoslawien reaktivierte, obwohl beide Länder die DDR anerkannt hatten, wofür die Hallstein-Doktrin so zurechtgedrückt wurde, dass ausgerechnet Ostblockstaaten plötzlich aus der Doktrin ausgeklammert blieben. Die Staaten in Osteuropa wären bestimmt wichtiger gewesen, wenn es Kiesinger darum gegangen wäre, eine Anerkennung der DDR zu verhindern.

Da Brandts Entschluss, ab dem Herbst mit den Liberalen zu regieren, wenn nicht anders möglich mit nur einer Stimme Mehrheit, allein noch nicht für eine neue Koalition genügte, fragte er Walter Scheel. Der war nämlich bei diesen Liberalen; doch der hielt sich fein bedeckt: „Scheel und ich sind in jener Zeit nur einmal zum Mittagessen zusammengetroffen; in einem Düsseldorfer Klub, Anfang Mai '69, wurden wir uns einig, eine Koalition im Herbst '69 jedenfalls nicht auszuschließen. Auch hielt ich nicht mit der Meinung hinter dem Berg, dass ich mir die Zusammenarbeit mit einem Außenminister Scheel gut vorstellen könne.“ Der wollte sich jedoch seinerseits keine Zusammenarbeit mit einem Kanzler Brandt vorstellen. Das wollte er ja noch nicht einmal am Abend, als das gute Wahlergebnis bekannt gegeben wurde.

Während sich Brandt mit all diesen Volksvertretern in Bonn am Rhein abquälte, schlossen die evangelischen Bischöfe in der DDR den Aufbau ihrer separaten Kirchenstruktur mit der Gründung eines Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ab. Timothy Garton Ash staunte: „Nachdem sie sich selbst als »Kirche im Sozialismus« definiert hatten, unterhielten sie ihren eigenen Dialog mit der Parteiführung.“

Am 5. Juni 1969 wandten sich sowohl der Vorsitzende des Regionalaussschusses der Christlichen Friedenskonferenz der DDR Karl-Heinz Bernhardt als auch der Ausschussekretär Carl Ordnung an die Konferenz der Kirchenleitungen „mit der Bitte, durch den Ökumenischen Rat der Kirchen bei der UNO dagegen zu protestieren, dass es der Deutschen Demokratischen Republik auf Grund eines diskriminierenden UNO-Beschlusses unmöglich gemacht wurde, sich an der Arbeit der UNO für die Entwicklungsländer zu beteiligen“. Die FAZ schrieb 1993: „Dieser Vorstoß diente der Sicherung des Außenhandels mit den Entwicklungsländern.“ Worum sich so ein Ausschussekretär in der Kirche alles kümmern muss! Mir ist übrigens noch nie ein Wort in die Quere gekommen, in dem ich fünf s wie in Ausschussekretär gesehen hätte.

Im Juli 1969 bot die Bonner Regierung dem Moskauer Außenminister Andrej Gromyko Verhandlungen über einen Gewaltverzicht an. Und Arnulf Baring ließ uns wissen: „Die deutschen Vorschläge vom Juli 1969 waren von ihm als ganz unzulänglich beiseite geschoben worden. Es sei keineswegs ausreichend, dass die Bundesrepublik (die das ja gar nicht wollte!) die DDR völkerrechtlich anerkenne. Bonn müsse überdies in aller Form auf die Wiedervereinigung verzichten, müsse, wie Wien 1955 ein Anschlussverbot akzeptieren.“ Das war dann Leonid I. Bresnchjews Linie seit 1964.

Über jenen Besuch in Moskau hielt Helmut Schmidt in *Menschen und Mächte* fest: „1969 war ein Wahljahr; die große Koalition in Bonn neigte sich dem Ende zu, die außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt wurden zunehmend unüberbrückbar. Wir hielten einen Regierungswechsel

und eine Übernahme der Kanzlerschaft durch Willy Brandt für denkbar und wollten sondieren, ob sich danach eine Möglichkeit für eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Bonn und Moskau eröffnen ließ.“ Wie kommt er auf *denkbar*? Gefürchtet, wie der Teufel das Weihwasser. Schmidt war es, der eine Machtübernahme durch Brandt über den Kunstgriff der Addition der Prozenzte zweier anderer Parteien 1966 noch einmal verhindern konnte. Hören wir von ihm, wie er für den Fall der Fälle schon einmal vorbaute; bei Wahlen weiß man ja nie, und die Hälfte der Leute betete den Brandt wie einen Erleuchteten an: „Im Gespräch mit Gromyko hatte ich praktisch die spätere Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel skizziert, ohne zu wissen, ob es je eine solche Regierung geben würde. Ich hatte zur Eröffnung deutlich gemacht, die Deutschen würden nie auf die Hoffnung verzichten, in *einem* Hause zu leben; sie seien überzeugt, vor der Geschichte dieses Recht zu besitzen. Aber angesichts der tatsächlichen Lage seien wir bereit, auf der Grundlage der Gleichberechtigung Verträge mit der DDR zu schließen, darunter einen völkerrechtswirksamen Gewaltverzichtvertrag, der alle Grenzen der DDR einschließe.“

Denkbar war eine Kanzlerschaft Brandts schon Jahre zuvor. Doch da zog Schmidt *das Zusammenwirken mit der Union einem SPD/FDP-Bündnis vor, weil er sich wegen seiner Schlüsselposition in der Großen Koalition bessere Chancen für sich selbst ausrechnen konnte*. Was Schmidt skizzierte hatte, war das Gegenteil dessen, was Brandt vorschwebte; in wenigen Worten fasste er zusammen, wie die deutsche Frage seit Jahrzehnten in der allgemeinen Wahrnehmung offengehalten worden war, und wie man sich von Anfang an die Anerkennung einer DDR dachte – durch die allmähliche Gewöhnung der Leute an die tatsächliche Lage. Dabei war es selbstredend unwesentlich, ob es *je eine solche Regierung* geben würde, skizzierte Helmut Schmidt doch nur das Schema, nach dem bisher jede Regierung vorgegangen war. Da in einer solchen Regierung aber unter Umständen ein gewisser Willy Brandt der Kanzler sein konnte, war es natürlich sinnvoll, die Fronten im Vorfeld schon einmal abzustecken.

Auf dem Weg zur Wahl des Bundestages

Arnulf Barings Postulat, Bonn habe die DDR gar nicht völkerrechtlich anerkennen wollen, trifft mit harter Gewissheit auf Bahr und Brandt zu. Unter diesem Gesichtspunkt ist es ausgezeichnet nachvollziehbar, wenn er über den Wahlkampf von 1969 festhielt, noch nicht einmal die Volksvertreter in Brandts eigener Partei hätten ihn enthusiastisch wieder als ihren Spitzenkandidaten herausgestellt. Was jedoch die gegnerische Gruppierung in Bonn anging, bleiben keine Fragen offen, wenn der populäre Politologe im selben Buch schreibt, *man*, wer auch immer das war, habe sich nun rührend darum bemüht, „Moskau weite Erwartungshorizonte vorzuzaubern. Man malte den Russen beispielsweise diskret ein Europa ohne Blöcke, ein Deutschland ohne Wiedervereinigungswünsche an die Wand.“

Muss nicht eigentlich streng genommen auch schon so ein Vorschlag an eine fremde Regierung grundgesetzkonform sein? Das lief doch auf einen Vertragsabschluss hinaus? Aber lassen wir doch die gegnerische Partei selbst zu Wort kommen. Rainer Barzel, der der CDU angehörte, schrieb damals ein Buch unter dem klaren Titel: „Mit beiden Beinen im Westen, die Hände ausgestreckt zum Osten.“ Selbstredend wurden die ausgestreckten Hände in Osteuropa dankend abgelehnt, solange die Grenzen der osteuropäischen Länder von diesem Nazivolk noch nicht anerkannt waren. Ist der Gleichklang mit Helmut Schmidt, der der SPD angehörte, ein Zufall? Über seinen Genossen Herbert Wehner sagte er: „Schließlich habe Wehner zur Zeit der Kanzlerschaft Brandts in der SPD für die Auffassung geworben, die Westanbindung sei das Standbein, die Ostpolitik jedoch nur ihr Spielbein.“

Vor das Schienbein hätte ihn Brandt treten sollen. Aber es gab im Bundestag ja drei Parteien. Die Vorreiterin des Meinungsumschwunges in der Bevölkerung, die FDP, ging in den Bundestagswahlkampf mit dem Wahlwerbespruch: „Wir haben nicht für die DDR zu sprechen, aber mit der DDR. Schluss mit dem Alleinvertretungszopf.“ Vorbildlich. Worin unterschieden sich dann die Vorstellungen der drei Parteien?

Als hätte Richard von Weizsäcker nicht gewusst, warum es im Bonner Wasserwerk vor dem Einzug des Gladiators Willy Brandt nur harmlose Wortspielereien zur Außenpolitik gab, schrieb er, der in der Kirche genau so ein hohes Tier war wie später in der CDU auch, in *Die deutsche Geschichte geht weiter*: „Umso bedrückender hob sich demgegenüber die massive außenpolitische Polarisierung zwischen Regierung und Opposition ab, die mit dem Übergang von der Großen Koalition zum sozial-liberalen Bündnis im Herbst 1969 einsetzte.“

Aber das war ja auch nicht erstaunlich, wenn nun plötzlich wirklich diametral gegensätzliche strategische Linien aufeinanderprallten, die sich gnadenlos ausschlossen. Da sehnte man sich selbstredend zurück in das selige Jahr 1960, als die graue Eminenz in der SPD, Herbert Wehner, noch die Friedenspfeife rauchte: „Das geteilte Deutschland [...] kann nicht unheilbar miteinander verfeindete christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen.“ Eine Demokratie verträgt aber auch nicht allzu viel Diktatur. Sonst ist die Demokratie nämlich schneller zu Schanden geritten, als das wünschenswert ist.

Der Widerspruch zwischen den öffentlichen Schauvorstellungen der Bonner Intimfeinde und ihrer klammheimlichen Unterstützung der „D.D.R.“ wollte sich Markus Wolf einfach nicht erschließen: „Wehner stand in der Öffentlichkeit noch immer für die politischen Positionen, die wir bekämpften. Da unterschied er sich allerdings kaum von anderen Sozialdemokraten, zu denen wir nicht nur politische, sondern auch nachrichtendienstliche Kontakte hatten.“ Genau diese nachrichtendienstlichen Kontakte hatte er auch mit Spitzenkräften aus der CSU, aus der FDP und aus der CDU seit den fünfziger Jahren, und schon mehr als zehn Jahre wurde Geld in Koffern über die Demarkationslinie des Kalten Krieges in die DDR getragen.

Neben dem Kreis um Helmut Schmidt/SPD und Rainer Barzel/CDU, in dem man wusste, worum es ging, rüstete sich auch die gegnerische Seite für die Zeit nach der Wahl: „Besondere Aufmerksamkeit dürfen zwei umfangreiche Papiere Egon Bahrs beanspruchen. Er schrieb sie

am 18. September in New York, als er Bundesaußenminister Brandt zur UNO-Vollversammlung begleitete. Es ist also die Fixierung seiner Konzeption kurz vor den Wahlen, keinesfalls aber schon die Blaupause für eine sozialliberale Ostpolitik. Die stand damals noch in den Sternen. Die Dokumente zeigen eine Abweichung von der Darstellung, die Bahr in seinen Memoiren offeriert. Damals rechnete er noch nicht mit der Schlüsselrolle Moskaus für die neue Ostpolitik. Das sollte sich erst im Laufe der Moskauer Gespräche herausstellen. Im September war er noch auf die DDR fixiert, mit der er einen Rahmenvertrag schließen wollte. Die Vorstellung vom »Wandel durch Annäherung« ist noch ungeboren. Er strebte mit dem Rahmenvertrag die Bildung »gemeinsamer Institutionen« mit der DDR an und knüpfte daran die Hoffnung, ein solches Angebot »würde den pragmatischen, zu einer Zusammenarbeit mit uns bereiten Kräften in der DDR Auftrieb geben.«

Dreißig Jahre später konstatierte die *Berliner Morgenpost*: „Für diesen Rahmenvertrag war Bahr damals bereit, ein hohes Risiko einzugehen. Denn der Vertrag sollte das Verhältnis beider deutscher Staaten bis zur »endgültigen Lösung der deutschen Frage« festschreiben. Damit trat der »Spannungsbogen« der deutschen Problematik offen zu Tage: »Einerseits umschließt er die Gefahr, er werde den endgültigen Teilungsprozess einleiten, und andererseits die Erwartung, er werde der erste Schritt zur Überwindung der deutschen Teilung sein.« “

Die gewisse Abweichung von der Darstellung, die Egon Bahr in seinen Memoiren offeriert, hat sicherlich damit zu tun, dass er in der Zeit nach dem Sturz Brandts im Jahr 1974 begriffen hat, worum es in Bonn tatsächlich gegangen war, und auch damit, dass er später zumindest so eine gewisse Kontinuität in seine Gedankengänge bringen wollte.

Den Sekt zu früh eingeschenkt

Erleben wir den Abend nach der Bundestageswahl vom 28. September aus der Perspektive des sowjetischen Diplomaten Valentin Falin, der damals gemeinsam mit dem sowjetischen Außenminister in Amerika weilte: „Die Bundestagswahlen erlebte Andrej Gromyko in New York. Die Ereignisse folgten einander so dicht wie in einem Politthriller. Nimm alles so, wie es war, und bring es auf die Bühne oder auf die Leinwand. Der Cadillac des Ministers verließ die sowjetische Residenz in Glennkow. Für den Abend des 28. September 1969 war in der ständigen Vertretung der UdSSR (67. Straße in New York) ein Treffen mit dem amerikanischen Außenminister William Rodgers anberaumt.

Gromyko fragt, wie spät es nach Greenwich sei. Der Zeitunterschied beträgt fünf Stunden. »Dann ist ja dort schon Abend. Die Wahlen in der Bundesrepublik sind beendet. Schalten Sie das Radio ein. Bestimmt kommentieren die Amerikaner die vorläufigen Wahlergebnisse.«

Die prachtvolle Limousine hat ein schlechtes Radiogerät. Oder atmosphärische Störungen verderben den Empfang auf UKW. Allenfalls ist der Satzanfang verständlich, die Fortsetzung geht unter. Bruchstücke eines Interviews, aber mit wem? Aufgeregte Stimmen.

Vermutlich stehen Überraschungen bevor. Was für welche? Gromyko ärgert sich. Er schilt den Fahrer und Berater, auch ich bekomme was ab. »Wozu taugt ihr denn alle, wenn ihr nicht mal für einen anständigen Rundfunkempfang sorgen könnt?« So etwa kollerte er los.

Es fehlte nicht viel, und der Minister hätte die Hälfte seiner Begleiter aus dem Wagen gescheucht, oder er wäre selbst in den zweiten umgestiegen, der uns wie ein Schatten folgte.

Aber da wird ganz plötzlich die Stimme des Nachrichtensprechers deutlich – die CDU verliert Stimmen, die SPD hat Gewinne, die FDP wird wahrscheinlich die Fünfprozentklausel überwinden. »Was sagen Sie dazu?« fragte der Minister. »Es scheint, als bewahrheiteten sich unsere Prognosen. CDU/CSU hatten ebensowenig Chancen, die absolute Mehrheit zu bekommen, wie die SPD.

Dafür hätte die FDP schwere Verluste einstecken müssen. Da sie aber in den Bundestag gelangt, werden persönliche Momente eine nicht

untergeordnete Rolle spielen. Die Christdemokraten hatten die Freien Demokraten aus der politischen Landschaft auslöschen wollen. Dass Walter Scheel dies am nächsten Tag vergisst und auf den Vorschlag, mit der CDU zu koalieren, eingeht, ist wenig wahrscheinlich. Die Basis der kurzzeitigen Großen Koalition von SPD und CDU/CSU ist von der Entwicklung in der Außen- wie in der Innenpolitik so beschädigt, dass eine neuerliche Zusammenarbeit sehr schwierig würde.« [...]»

»Das State Department ist sicher besser informiert als wir. Wir werden Rodgers bitten, seine Datenbank für uns ein bisschen zu öffnen«, beschloss Andrej Andrejewitsch [Gromyko]. In Gesicht und Stimme keine Spur mehr von der Entrüstung, die noch vor einer Stunde in ihm getobt hatte. Der Minister ist gesammelt, schon ganz auf das Gespräch mit den Amerikanern eingestellt. Außenminister William Rodgers erschien mit großer Suite. Bei derartigen Begegnungen wurde nicht im Voraus eine Tagesordnung festgelegt. Jeder Minister konnte jedes Thema zur Sprache bringen. Zu Beginn wurde darüber abgestimmt, wie die Diskussion organisiert werden sollte. Die Zusammensetzung der Begleitung war ein spezifischer Interessenindikator. Dass auch Martin Hillenbrand hier war, sprach für sich. Wer das deutsche Thema als erster aufs Tapet brachte, Gromyko oder Rodgers, weiß ich nicht mehr. Bei Begegnungen auf sowjetischem Territorium wurde gewöhnlich dem Gast das erste Wort erteilt. Jedenfalls begann der Meinungsaustausch mit einer Gegenüberstellung der Ansichten über die Bundestagswahlen. Der USA-Außenminister enthielt sich eines eigenen Kommentars. »Unter uns sind Kenner der deutschen Szene, wir wollen ihr Urteil hören. Mister Hillenbrand, bitte Ihre Eindrücke.« Mit diesen Worten forderte Rodgers den Leiter der Europa-Abteilung des State Department auf, sich zu äußern. Hillenbrand war vorsichtig: »Endgültige Ergebnisse werden in vier bis fünf Stunden bekanntgegeben. Die Zwischenergebnisse besagen, dass CDU/CSU die relative Mehrheit haben und anscheinend weiterhin die Regierungsverantwortung tragen werden.« [...] In der Pause bedrängt Hillenbrand mich mit Fragen nach dem Grund, der sowjetische Experten an kommende Veränderungen denken lässt. Das State Department und andere amerikanische Behörden hätten die Peripetien des Wahlkampfes genauestens verfolgt

und keine Anzeichen für das Entstehen neuer politischer Konstellationen registriert. Für ein personelles Revirement sei die Zeit allerdings reif. Ob ich etwa derartiges mit dem Terminus »bedeutende Veränderungen« gemeint hätte? Hillenbrands Beharrlichkeit und der für ihn ungewöhnliche Eifer soufflierten mir Zurückhaltung. »Wir wissen, was in jeder Zelle des westdeutschen Organismus vorgeht. Es kann gar keine Überraschungen geben.« [...] Wenige Tage später enthüllte sich mir das unmittelbare Motiv für Hillenbrands Verhalten: Richard Nixon war voreilig gewesen und hatte als erster Kurt Georg Kiesinger zum »Wahlsieg« gratuliert. Natürlich war mit dem Glückwunsch auch die Genugtuung darüber ausgesprochen worden, dass die enge Zusammenarbeit fortgesetzt werden könnte. »Fischläuten« sagt man bei uns, wenn die Farbe stimmt. Und wenn nicht? Der Präsident hatte sich natürlich auf die Berichte des State Department, des CIA und der Botschaft der USA in Bonn verlassen. Und da gossen die Russen Wasser in ihren Wein. [...] Am nächsten Tag erschien Gromyko richtig vergnügt zum Frühstück, erwähnte aber weder Rodgers noch Hillenbrand. Im »kleinen Esszimmer« wurden keine ernsthaften Gespräche geführt. Die Ohren der amerikanischen Spezialdienste fingen jedes Komma auf. Doch der Minister wollte sich das Vergnügen nicht versagen, festzustellen, dass die Dimensionen des Informationsnetzes nicht unbedingt die Qualität des Fangs garantieren. Gromyko hatte sich mit der strategischen Analyse des sowjetischen Außenministeriums identifiziert, deren Richtigkeit nun offenbar geworden war.

Der Neubeginn der sowjetisch-bundesdeutschen Beziehungen gewann konkrete Gestalt. Das war wichtig. Sehr wichtig. Die deutsche Richtung fügte sich den Plänen des Ministers ein. Er wurde zugänglich für die operative Regelung der sogenannten Kleinigkeiten, ohne die große Anfänge verpuffen.“

Aus der Brandt-Biographie von Carola Stern erfahren wir: „Ein paar Stunden später haben sich die Zahlen geändert. Auch eine Koalition zwischen SPD und FDP ist rechnerisch nun möglich. »Ich glaube nicht, dass diese Koalition politisch möglich ist«, meint Kiesinger dazu.“

Brandt jedoch frohlockte: „Im Palais Schaumburg war der Sekt zu früh eingeschenkt worden. Erste Hochrechnungen hatten ein falsches Ergebnis vorausgesagt und auch den Präsidenten in Washington – oder seinen in deutschen Dingen besonders versierten Sicherheitsberater – in die Irre geführt. Nixon rief bei Kiesinger an und gratulierte zu einem Wahlerfolg, der keiner war. Obwohl nicht frei von Vorurteilen, hatte er mich nicht brüskieren wollen. Als wir uns zum erstenmal nach meiner Wahl zum Bundeskanzler im Weißen Haus sahen, meinte er nahezu entwaffnend, man habe ihm an jenem Herbstabend die falsche Nummer gegeben. Meine Antwort hat er sich so gemerkt: Irren sei menschlich, zumal auf solch eine Entfernung.“

SPD und FDP sind von Brandt nicht angetan

Von der Reaktion in der engeren SPD-Führung wusste Arnulf Baring zu berichten: „Trotzdem war er für Wehner nicht als Regierungschef vorstellbar. [...] In seinen Augen war Brandt überhaupt kein Chef, von was auch immer, wurde es nie, Gott bewahre.“ Und da war er wieder, der dezente Hinweis auf die äußerst politische Rolle, die die Kirchen in Deutschland in der Geschichte ja schon immer gespielt haben. Keine Rolle, zumindest keine negative Rolle, spielten dabei Herbert Wehners kommunistische Wurzeln. Über den Ausgang der ersten Besprechung der SPD-Spitze schrieb Brandt: „Das Präsidium meiner Partei war auseinandergegangen, bevor sich die Lage geklärt hatte. Wehner und Schmidt konnten meinem Modell wenig oder nichts abgewinnen, beide hätten lieber jene Große Koalition weitergeführt, die Kiesinger, mindestens so sehr wie ich, bereits abgeschlossen hatte. [...] Auf seiner und meiner Linie lag auch Professor Karl Schiller, der Wirtschaftsminister, der mir schon im Berliner Senat auf seine ebenso eigenwillige wie brillante Art geholfen hatte.“ Karl Schiller wurde dann auch noch viel schneller als Brandt von der Bühne gestoßen.

Hätten CDU und CSU jedoch nicht ganz so übel abgeschnitten, wäre nichts gegen eine Große Koalition zu sagen gewesen. Bei Carola Stern kann man erfahren: „Schon vor dem Wahltag hat Herbert Wehner hinter dem Rücken Willy Brandts Verhandlungen mit der CDU über die Fortsetzung der Großen Koalition geführt.“ Somit hatte nicht nur Helmut Schmidt für den Fall der Fälle Vorsorge getroffen. Sicherlich erinnern Sie sich noch an jenen Brief vom August des Jahres 1968, in dem Karl Wienand aus der SPD-Spitze die Hoffnung aussprach, „dass eine günstige Wendung mit dem Gespräch oder der umfassenden Aktion, die Helmut Schmidt vorhat, zustande kommt“.

In der *FAZ - Zeitung für Deutschland* wurde dann später bestätigt: „In Wirklichkeit wäre Wehner gern Minister unter Kiesinger geblieben, er widersetzte sich 1969 dem Koalitionswechsel.“ Leider beantwortete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* hier nicht die interessante Frage, warum

Wehner nicht gleich auch selbst und gemeinsam mit Schmidt der SPD unter ihrem gesamtdeutsch-pragmatischen Vorsitzenden Willy Brandt den Rücken kehrte und in die kleindeutsche CDU eintrat, wenn diese Partei das bessere Politik-Angebot für das Reich um Bonn hatte. Ein Grund für den Austritt aus der SPD wäre es natürlich auch gewesen, dass Brandt sogar von den Parteitagern immer wieder gewählt wurde. Unklar bleibt auch, warum sie unter Schumacher in dieser SPD waren. Der wollte damals nicht nur Schwerin und Dresden wiedergewinnen, sondern sogar Posen und Königsberg.

Diese Verhandlungen Herbert Wehners über eine große Koalition zum Schutz vor einem Mann wie Willy Brandt als Kanzler hatten damals bereits eine lange Tradition. Solche Gespräche gab es auch schon 1961 und 1965/66. Im Jahr 1969 gab es sie wieder. Hätten Arnulf Baring und sein Mitautor Manfred Görtemaker nicht tunlichst vermieden, diese Koalitionsverhandlungen direkt zu vergleichen, dann wäre die Absicht der Ausschaltung des Wiedervereinigungsflügels in der Bonner Politik doch zu arg aufgefallen: „Die ursprüngliche Absicht, ein Kapitel über die Regierungsbildung 1966 und die Große Koalition zu verfassen, insbesondere die Koalitionsabsprachen 1966 und 1969 miteinander zu vergleichen (warum lief es, bei fast identischem Führungspersonal der Parteien, drei Jahre später völlig anders – und dies, obwohl die Regierung Kiesinger, aufs Ganze gesehen, harmonisch und erfolgreich zusammengearbeitet hat?), ließen wir nach einigem Zögern fallen; ohnehin wurde alles viel zu lang.“ Wobei das nicht an der großen Fülle an untergebrachten Informationen lag, sondern an Barings Versuch, den Stil von Günter Grass zu imitieren; siehe oben: , , (, - , , ?) , ; .

Der große Politologe Baring fand heraus: „Andererseits hatte Schmidt schon zweimal in der Vergangenheit daran mitgewirkt, dass Brandt sein Ziel nicht erreichte. Einmal 1965. Als der SPD-Vorsitzende nach der damaligen Bundestagswahl versucht hatte, in Bonn die Fraktion zu übernehmen, war er mit Erler tagelang aneinandergeraten. Denn Erler hatte sich dieses Amt erarbeitet und hielt es eisern fest; seine Krankheit (Leukämie), die ihn im darauffolgenden Sommer

zwang, den Fraktionsvorsitz abzugeben und ins Krankenhaus zu gehen, wo er im Februar 1967 starb, wurde in ihrer tödlichen Gefährlichkeit von allen, ihn eingeschlossen, lange nicht erkannt. Erler, der sich selbst Hoffnungen auf die Kanzlerschaft machte, wollte Brandt am liebsten nach Berlin zurückgehen sehen – was dieser, entmutigt, am Ende dann auch tat. Zum zweiten Male hatte Schmidt ein Jahr später, 1966, als es um die Große Koalition ging, Brandt entgegengewirkt. Dieser favorisierte von Berlin aus das Bündnis mit der FDP. Schmidt wie Wehner hielten das für Unsinn, lehnten es als nicht machbar ab.“ Na ja, machbar war das unter Demokraten schon. Dann wäre Brandt aber Kanzler geworden.

„Ein drittes Mal mochte Schmidt sich Brandt nicht in den Weg stellen. Außerdem konnte man ihn sowieso nicht mehr aufhalten. Mürrisch und nur gespielt gleichgültig warf Schmidt ihm daher, nach seinen eigenen Worten, am Wahlabend den Satz: »Wenn du's willst, mach's doch!« hin. Wenn Brandt wirklich so hartnäckig auf diese SPD/FDP-Koalition hinauswollte, dann sollte er es mit ihr in Gottes Namen jetzt versuchen. Es kam ohnehin nicht mehr darauf an, was man ihm riet. Brandt war fest entschlossen, wie Schmidt merkte.“ Entschlossen war er auch schon in den Jahren 1961, 1965 und 1966. Nur diesmal ging die Rechnung nicht auf. Demokratie ist manchmal einfach Mist.

Und Baring hatte auch eine Erklärung dafür, warum man den Kanzlerkandidaten Brandt nicht einfach rechtzeitig gegen eine andere Größe in der SPD ausgetauscht hat: „Erler war ein Mensch ohne Massenwirksamkeit gewesen, während Brandt, darin John F. Kennedy ähnlich und auch Papst Johannes XXIII., der die große, seltene Begabung besaß, anderen das erhebende Gefühl zu vermitteln, indem sie ihm hülften, dienten sie einem großen Ideal.“ Im weiteren Verlauf der Baringschen Geschichtsinterpretation bringt er auch den Unterschied zwischen den Volksvertretern in Bonn und denen aus Berlin (West) auf den Punkt: „Brandts hartnäckiges Beharren auf der Notwendigkeit einer neuen Ostpolitik im Jahre 1969 leuchtete Schmidt ein. Allerdings fand er Brandts außenpolitische Perspektive damals etwas beschränkt. Aber

diese Blickverengung beobachtete er bei allen Berlinern. Es war lokal begreiflich. Wer dort lebte, war eben auf Ostpolitik fixiert, wurde von der DDR und der Sowjetunion so oder so offenbar behext. Nur örtlich war man in Berlin nicht betäubt. Allgemein fand Schmidt an Brandt und den Berliner Genossen einiges auszusetzen, was sich aus der dortigen Sondersituation erklären ließ; es machte die Sache nicht besser.“ In diesem Stil sollte wissenschaftliche Geschichtsschreibung einfach immer ausgeführt werden. Es muss ja auch nicht jeder verstehen.

„Es war Wehner unheimlich, dass Brandt und Scheel gleichermaßen zu Risiken bereit, ja beide ausgemacht risikofreudig schienen“, schrieb Arnulf Baring. Allerdings beißt sich seine Formulierung hier mit der sehr drastischen Schilderung, mit der er selbst im Anschluss daran den Ekel beschrieb, mit dem die elitären Besserwessi einschließlich jenem Walter Scheel Willy Brandt letztlich zu der Kanzlerschaft gratulierten.

Von der Risikofreude bei Scheel nach der Bekanntgabe des vorläufigen Wahlergebnisses wusste auch ein Willy Brandt nichts: „Am Wahlabend war Walter Scheel so enttäuscht, dass konkrete Absprachen nicht zustande kamen. Aber er widersprach – am Telefon – nicht, als ich ihm sagte, was festzustellen in meiner Absicht läge: Unsere beiden Parteien hätten die Mehrheit, und ich würde mich bemühen, auf dieser Basis die neue Bundesregierung zu bilden.

In der engeren Führung der SPD fand das Vorhaben bestenfalls lauwarmer Unterstützung, man ließ es mich versuchen. Ich war nicht gesonnen, mich daran hindern zu lassen.“ Und noch einmal der Eisbär im Originalton: „Am nächsten Tag drehten auch die Widersacher in der Parteiführung bei: Ich solle den sozial-liberalen Versuch machen. Dass ich mich nicht mehr aufhalten ließ, war allen klar.“ Mach's doch!

Von Anfang an ist der Beifall für Kanzler Brandt schwach

Am 20. Oktober 1969 eröffnete William Borm als neuer Alterspräsident den Deutschen Bundestag. Unter dem Jahr 1963 war von ihm ja bereits die Rede gewesen. Sie erinnern sich vielleicht an Borms Haft im Ost-Knast und seine daraus resultierende Bereitschaft zur Kooperation mit Unserer Stasi? „Nach dem Zusammenbruch der DDR rühmte sich der Stasi-Oberstleutnant Günter Bohnsack, sogar Borms Bundestagsreden geschrieben zu haben. Die Ansprache, mit der Borm am 20. Oktober 1969 als Alterspräsident den 6. Bundestag eröffnete, soll HVA-Chef Markus Wolf persönlich redigiert haben.“ Das war dann sicherlich der ultimative *running gag* bei den Canalern. Der Borm lässt sich die Reden von seinem Butler in Ost-Berlin schreiben.

Nun ging das Ringen pro und kontra Willy Brandt *for Chancellor* in die vorerst letzte Runde. „Um Regierungschef zu werden, braucht Brandt mindestens 249 Stimmen. Die neue Koalition hat nur fünf Stimmen mehr. Doch Erich Mende, Scheels Vorgänger im FDP-Vorsitz, hat bereits öffentlich erklärt, dass er Brandt nicht wählen werde. Die Freien Demokraten Zoglmann und Starke schließen sich ihm an.“ Wer war denn dieser Mende? Ach ja, 1963 wurde der *national-liberale* Chef der FDP Minister für gesamtdeutsche Fragen und „versuchte sich in seinem neuen Amt gleich zu profilieren, indem er der DDR eine Ausweitung der Kredite im Rahmen des Interzonenhandels anbot“. Fein. „Mit 251 Stimmen – das seien immerhin zwei mehr, als Adenauer 1949 für sich buchen konnte, bemerkte Brandt – wählte ihn am 21. Oktober 1969 der Bundestag zum Kanzler.“

Acht Jahre nach seinem ersten Wahlsieg wurde Willy Brandt also am 21. Oktober 1969 tatsächlich noch Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. „Nach Angaben Erich Mendes soll auch Knut von Kühlmann-Stumm Willy Brandt bei der Kanzlerwahl am 21. 10. 69 die Stimme versagt haben. Auf den vier ungültigen Stimmkarten stand: »Armes Deutschland«, »Frahm nein«, (als Anspielung auf die Exilzeit Willy Brandts und seine uneheliche Geburt), »Danke, nein« und »Amos

5, 20«, in Anlehnung an einen finsternen Bibelvers.“ Nun hätte der anonyme Abgeordnete ja einfach auf den Zettel schreiben können, was unter Amos 5,20 steht. Aber Brandt sollte ja zur Bibel greifen und darüber nachdenken: „Ja, des HERRN Tag wird finster und nicht licht sein, dunkel und nicht hell.“ Und wie schilderte der Politologe Arnulf Baring die große Herzlichkeit, die dem neuen Kanzler entgegenschlug? „Anfangs war der Beifall für Brandt aus den neuen Regierungsparteien überraschend schwach. [...] Zunächst erheben sich nur die gewandteren Spitzenrepräsentanten der CDU/CSU. Der Fraktionsvorsitzende hat als erster die Fassung wiedergefunden, zupft Kurt Georg Kiesinger am Ärmel, muss den Widerstrebenden mit sich ziehen. [...] Diesmal rührt sich Franz Josef Strauß nicht vom Stuhl. [...]

Die Unionsspitze, Barzel voran, war schon herangerückt, um die Gratulationscour zu eröffnen. Da erst dreht sich Helmut Schmidt, der seinen Sitzplatz neben Willy Brandt hat, plötzlich zum Nachbarn um und gibt ihm strahlend, wenn auch etwas flüchtig, die Hand. Scheel, Genscher, Mischnick und Mertes von der FDP kommen quer durch den Saal herüber, um ihre Glückwünsche anzubringen. Danach erst Herbert Wehner, der sich nicht früher herandrängen mochte.“

Freilich hatte die Spitzenkraft Baring im Vorfeld dieser Formulierung nicht hinreichend deutlich gemacht, wer von den Akteuren sich denn nun zu Herrn Brandt herangedrängt hätte. In der anschließenden Rede über die anstehenden Aufgaben für die bundesdeutsche Außenpolitik nannte Wolfgang Schollwer im Namen der FDP-Spitze unter anderem die Vorbereitung von Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR, die zum Abschluss eines Staatsvertrages zwischen den beiden deutschen Staaten inklusive einer Berlin-Klausel führen sollten, auch zu verstärkter wirtschaftlicher Kooperation und zu Regelungen über technische Fragen wie Verkehr, Post- und Fernmeldewesen. Als mittelfristige Aufgaben nannte er die Vorbereitung und Aufnahme bilateraler beziehungsweise multilateraler Kontakte zur Erörterung des Zeitpunktes, des Inhalts und der Zielsetzung einer europäischen Sicherheitskonferenz, sowie Verhandlungen über die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der BRD und der DDR.

Günter Guillaume betritt das Spielfeld

Nun war Willy Brandt also endlich Kanzler und alles war vorbereitet für seinen Sturz. Natürlich gab es vorerst durchaus eine Reihe von unspektakulären Möglichkeiten, die das parlamentarische System der BRD ohnehin bietet, um einen demokratisch gewählten Kanzler auch wieder loszuwerden, aber für den Notfall war wohl im Vorfeld nach Spionen gesucht worden, die man, wenn nötig, öffentlichkeitswirksam enttarnen konnte. Um dafür geeignete Kandidaten zu finden, konnte der BND unter anderem auch auf die Liste zurückgreifen, die man dort „ab 1960“ erstellt hatte. Auf Günter und Christel Guillaume kam man offenbar, weil Unser Günter vorwitzig auf sich aufmerksam gemacht hatte, so dass ihn seine Berufung nach Bonn am Rhein dann nicht mehr übergebürrlich erstaunt hat. Unter der Überschrift *Anruf meines Paten* erinnerte er sich, dass er in den Tagen vor der Wahl des neuen Bundeskanzlers zu Georg Leber in Frankfurt gesagt habe, dass es ihm „was bedeuten würde“, wenn er „die Stunde im Bundestag miterleben könnte, in der er, Schorsch, der mit seinem grandiosen Wahlergebnis in Frankfurt soviel zu dieser Kanzlerschaft beigetragen habe, selbst als Minister vereidigt würde. Leber besorgte mir eine Tribünenkarte.“

Und wie wurden damals aus einer Stunde im Bundestag vier Jahre im Bundeskanzleramt und mehrere Jahre hinter schwedischen Gardinen? Guillaume erinnerte sich so: „Eine Woche später sitze ich im Konferenzsaal eines Frankfurter Hotels in einer Tagung des Aufsichtsrats der AG für kleine Wohnungen. Ich werde ans Telefon gerufen. Am anderen Ende ist Leber.“ Und in diesem Telefonat habe Georg Leber gesäuselt: „Günter, den Druck unserer Frankfurter Linken bist du los. Du kommst nach Bonn! Eine schöne Aufgabe.“ Guillaume schrieb, er habe Leber daraufhin gefragt: „Zu dir ins Ministerium?“ Danach habe Georg Leber „eine effektvolle Pause“ eingelegt und gesagt: „Du gehst ins Bundeskanzleramt! Da wartet Herbert Ehrenberg auf dich.“

Das deckt sich völlig mit der Erinnerung von Ex-Kanzler Willy Brandt: „Als der Spion entlarvt und ich zurückgetreten war, beschäftigte das

Publikum, verständlicherweise, die Frage, wie der Hilfsreferent im Januar '70 im Kanzleramt untergekommen war. [...] Herbert Ehrenberg, seines Zeichens Leiter der Wirtschafts- und Sozialpolitischen Abteilung im Kanzleramt, bevor er Staatssekretär und Bundesminister wurde, hatte ihn angefordert – als Hilfsreferenten für die »Verbindung zu Gewerkschaften und Verbänden«. In Ehrenbergs Augen hatte sich Günter Guillaume als »zuverlässiger Rechter« qualifiziert.“

Da zwinkert doch ein kleiner Schalk. Es ist nur schwer vorstellbar, dass diese rechte Nummer von 007 Guillaume überzeugend gespielt wurde, wenn er über die sechziger Jahre schrieb: „Christel und ich stellten uns darauf ganz praktisch ein, indem wir mit einem schönen Lichtbildervortrag über Berlin durch die Lande zogen. Dadurch erfuhren hinterwäldlerische Leute zum erstenmal, dass die Spaltung Berlins schon lange vorher vollzogen worden war und dass es neben einem Westberlin auch ein Ostberlin gab, das die Ostdeutschen als ihre Hauptstadt in Anspruch nahmen, während die Westdeutschen von Berlin als der heimlichen Hauptstadt eines nicht mehr existierenden Deutschlands nur faselten. Viele anklagende Finger richteten sich auf Bonn und die dort agierenden Regierungspolitiker.“ Da hatte ja die antifaschistische Presse im tiefen Hinterwald großartige Arbeit geleistet und objektiv informiert. Und bei dem kühnen Agitator Günter mit seinem *schönen Lichtbildervortrag* hat auch kein Mensch einen Ost-Agenten vermutet. Mal abgesehen von den schönen Lichtbildervorträgen – erinnern Sie sich an den Redakteur, der ihn 1963 gefragt hatte, warum er eigentlich im Dienst eine Agentenkamera benutzte?

Der Kanzler auf dem heißen Stuhl hielt später fest: „Noch in der '69er Kampagne war er der erfolgreiche Wahlkreisbeauftragte von Bundesminister Leber gewesen; in ihm wie in dessen Parlamentarischem Staatssekretär, dem späteren Bundesgeschäftsführer und Hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner, hatte er weitere Befürworter. Den meisten der Beteiligten war hinterher allerdings nicht mehr gegenwärtig, wie sehr sie sich engagiert hatten. Mir selbst war Guillaume nicht sonderlich sympathisch, wurde es auch nicht, als er seine organi-

satorischen Aufgaben zur Zufriedenheit löste. Im Herbst '72 hatte ich Bedenken, ihn aufrücken zu lassen, nicht weil ich Verdacht gehegt hätte, sondern weil ich ihn für beschränkt hielt. Die Mischung von Servilität und Kumpelhaftigkeit ging mir auf die Nerven, doch machte ich daraus kein Aufheben. Dass er vor allem den Terminkalender korrekt und zuverlässig überwachte, war wichtiger.“ Es macht mich freilich sehr nachdenklich, dass sogar Brandt diesen 007 für beschränkt hielt.

In einer bemüht harmlosen Sprache suggerierte Arnulf Baring seinem Publikum jedoch in *Machtwechsel – die Ära Brandt/Scheel* eine absichtsvolle Aktivität Guillaumes, als ob jemand auf Grund eigenen Bemühens mit einer Bewerbung ohne Hochschulabschluss und ohne Abitur in Bonn eine Chance gehabt hätte: „Ihr [Christels] Mann war bereits 1969 in die Bundeshauptstadt gegangen. Die Bildung der SPD/FDP-Koalition bot einen plausiblen Anlass, den Schauplatz zu wechseln und sich bei den vielen jetzt fälligen Neubesetzungen eine interessante Position in Bonn zu sichern. Guillaume war agil, emsig, umtriebig, kannte alle Welt, zählte zum rechten Flügel der SPD und hatte, wie er sagte, keine Lust mehr zur Parteilarbeit in Frankfurt, seit dort die Linken an Boden gewannen. Er fragte bei Georg Leber und Herbert Ehrenberg nach, ob sie etwas für ihn hätten. Die Ministerien Lebers (seit Oktober 1969 verwaltete er neben dem Verkehrs-Ressort auch das Post- und Fernmeldewesen) winkten ab: Guillaume habe keine Hochschulbildung, man könne ihn daher nicht brauchen. Mehr Erfolg hatte er bei Ministerialdirektor Herbert Ehrenberg, dem damaligen Leiter der für Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik zuständigen Abteilung III im Bundeskanzleramt. Ehrenberg hatte in den Jahren zuvor im Bundeswirtschaftsministerium eine Kontaktstelle zu den Gewerkschaften unterhalten, fand dergleichen nützlich, ja wichtig, und wollte daher den wendigen, aktiven Guillaume, den er aus seinen Tagen als Vorstandsmitglied des SPD-Unterbezirks in Frankfurt kannte (wo Ehrenberg von 1964 bis 1968 als Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der IG Bau, Steine, Erden gelebt hatte), unbedingt zum Hilfsreferenten im Kanzleramt machen. [...] Ehrenberg, eine Figur wie aus den Romanen von Johannes Bobrowski oder Günter Grass, ein typischer Ostpreuße, eben

aus Colnischken, tatkräftig, jovial, listig, hielt Leumundszeugnisse und langatmige Überprüfungen in einem solchen Falle für Unsinn. Bedenken fand er ärgerlich. Energisch verlangte er von der Personalabteilung Einstellung. Weil der Apparat die Sache seines Erachtens verschleppte, beschwerte er sich bei Ehmke über die Bürokraten, wobei er den Minister, dessen Mentalität er kannte, mit einer gewissen Verschlagenheit einzuwickeln wusste: Ehmke kneife doch wohl nicht vor diesen Paragraphenhengsten. Für seine Argumentation erwies sich die Volksschulbildung Guillaumes als große Hilfe. Ehrenberg behauptete, alle Verzögerungen und Verdächtigungen seien nur vorgeschoben. In Wahrheit habe man im Amt etwas gegen Aufsteiger aus dem Volke. Es gelang Ehrenberg, Ehmke breitzuschlagen, wobei eine Rolle spielte, dass auch Georg Leber beleidigt reagiert hatte: Die Überprüfung Guillaumes sei eine Intrige gegen diesen verdienten rechten Sozialdemokraten. Der Chef des Kanzleramtes setzte sich bei seiner Entscheidung kurzerhand über die Bedenken Egon Bahrs hinweg, der damals dort Staatssekretär war und ihm in einem Vermerk am 30. Dezember 1969 geschrieben hatte: »Selbst wenn Sie einen positiven Eindruck haben, bleibt ein gewisses Sicherheitsrisiko – gerade hier.«

Komprimieren wir das Gesagte, um herauszufiltern, wer auf welcher Seite für „Deutschland“ gekämpft hat: Ehrenberg . . . beschwerte sich bei Ehmke . . . , wobei er den Minister, dessen Mentalität er kannte, mit einer gewissen Verschlagenheit einzuwickeln wusste. Letzte Zweifel, ob Guillaume sich um etwas beworben hatte oder ob er geholt wurde, räumte Brandt aus, der sich später erinnerte, unser 007 G. sei damals „als »besonders zuverlässig« ins Kanzleramt vermittelt worden“.

Wie nahm eigentlich Herr Wolf den Vorgang wahr? „Günter Guillaume wurde 1964 Geschäftsführer des SPD-Unterbezirks Frankfurt und 1968 Geschäftsführer der Fraktion und Stadtverordneter. Die Informationen ließ er uns per Mikrofilm in leeren Zigarrenhülsen zukommen, die ein Kurier im Laden seiner Schwiegermutter entgegennahm. [...] Als nächstes gewann Guillaume das Vertrauen Georg Lebers, was zur Folge hatte, dass dieser ihm zur Belohnung für den Wahlsieg, den unser

Mann ihm verschaffte, einen Posten in Bonn versprach und auch besorgte. Und das stürzte uns in ein Dilemma: Einerseits war es fast zu schön, um wahr zu sein, andererseits würde Guillaume als DDR-Übersiedler von BND und Verfassungsschutz peinlich genau unter die Lupe genommen und möglicherweise verdächtigt und am Ende gar enttarnt werden. Wir empfahlen unserem Agentenehepaar, sich ruhig zu verhalten und auf keinen Fall durch übertriebenen Ehrgeiz auf sich aufmerksam zu machen. Die Sicherheitsüberprüfung bestanden beide – Günter durch kluges Auftreten bei einer kritischen Befragung durch Horst Ehmke. Jahre später bezeugte Heribert Hellenbroich, der nachmalige Leiter des BND, dass man ihre Vergangenheit und ihren Lebenswandel akribisch durchleuchtet hatte, ohne dass sich die vagen Verdachtsmomente, die bestanden, hätten erhärten lassen. [...] Manche SPD-Mitglieder konnten sich nie so recht mit seiner Beflissenheit und seiner ständigen Anwesenheit im Hintergrund abfinden, wenn es um Themen ging, die ihn eigentlich nicht interessieren konnten, andere waren grundsätzlich gegen Aufsteiger eingestellt, die sich aus dem Nichts hochgearbeitet hatten. Aber für ihn sprachen seine Klugheit und sein unermüdlicher Fleiß, und er hatte gewichtige Förderer.“

Hier wurde schon deutlich, dass Herr Wolf ihn ganz offenbar und aus gutem Grunde bestimmt nicht für höhere Weihen vorgesehen hatte. Wolf machte auch deutlich, dass er Günter Guillaume nicht nach Bonn geschickt hatte: „Natürlich hatten wir nichts unversucht gelassen, um Spione in möglichst zentralen Regierungskreisen Bonns einzuschleusen, doch dass Guillaume, Deckname Hansen, den Weg ins Kanzleramt finden würde, damit hätten wir nie gerechnet, allein schon wegen der strengen Sicherheitsüberprüfungen, denen Übersiedler aus der DDR ausgesetzt waren, wenn sie in Bonn vorstellig wurden. [...] Womit wir nicht gerechnet hatten, das war der enorme Fleiß und Arbeitseinsatz der Guillaume, mit dem sie sich in kurzer Zeit in der Parteihierarchie hochdienten, höher, als uns recht sein konnte, denn im Rampenlicht wollten wir unsere Agenten, die wir für Führungsaufgaben vorgesehen hatten, nicht wissen.“ Mit dem BND rechnete Wolf leider auch nicht.

Und dass 007 wegen der achtjährigen Volksschulbildung (hoffentlich) nicht für Führungsaufgaben in Frage kam, lässt er kollegial weg.

Auch Reinhard Gehlen, Markus Wolfs Pendant in der BRD, hatte eine Idee, wie er sich seine Kollegen Agenten vorstellte: „Meine Konzeption einer solchen alle Aufklärungsbereiche umfassenden Nachrichtenbeschaffung im Ausland und eine entsprechende Auswertung, im Sinne meiner Auffassung, erfordert deshalb, und damit spreche ich wieder die personelle Seite an, Spezialisten auf allen Gebieten. Es gibt kaum einen Bereich modernen Wissens, der im Dienst nicht benötigt wurde und wird. Der wissenschaftlich ausgebildete Mitarbeiter ist jedenfalls, gleichgültig ob er aus dem Bereich der Gesellschafts-, Geistes- oder Naturwissenschaften stammt, für einen effektiven Dienst unentbehrlich. Dass der wissenschaftlich geschulte Mitarbeiter bei aller Nüchternheit und Präzision, die eine systematische Auswertung von Nachrichten verlangt, nicht am Schreibtisch erstarren soll, habe ich immer gefordert. Im engen Zusammenwirken mit den korrespondierenden Stellen in der Nachrichtenbeschaffung sollte er seine Aufgabe vielmehr im lebendigen Gedankenaustausch und in der Anregung sehen. Nur wenn der nachrichtendienstliche Auswerter sich nicht in erster Linie als Sammelstelle mit Blickrichtung auf die Empfänger in Bonn versteht und fühlt, kann es zu einer optimalen Zusammenarbeit zwischen den beiden großen Teilen des Dienstes, der Nachrichtenbeschaffung und der Auswertung, kommen. Seine Kenntnisse bedürfen von Zeit zu Zeit, etwa alle 5 Jahre, der Auffrischung und Erweiterung durch einen kurzen Hochschulbesuch, damit er auf seinem Wissenschaftszweig stets auf dem neuesten Stand bleibt.“

Im Gegensatz zu den Intentionen seines Agentenführers stand 007 G. jahrelang im Rampenlicht. Markus Wolf machte auch mit diesem Satz deutlich, dass er davon überzeugt war, dass 007 erst Jahre später enttarnt worden sei: „Es kann nicht später als März 1973 gewesen sein, dass der Verfassungsschutz sich über Guillaumes Identität als Spion der DDR endgültig im Klaren war. Ende Mai wurde der damalige Innenminister Genscher informiert, der daraufhin Brandt informierte – aber

wie und in welchem Umfang, das bleibt bis heute ein Geheimnis. Als wäre nichts gewesen, blieb Guillaume Brandts enger Vertrauter und begleitete ihn Ende Juni 1973 auf dessen Urlaub nach Norwegen, wo er für mehrere Wochen sämtliche Aufgaben des persönlichen Referenten und Büroleiters erledigte. Aller Schriftverkehr ging durch seine Hände; es gibt Fernsehaufnahmen, wo man Guillaume am Chiffriergerät ein eben eingegangenes Fernschreiben lesen sieht.“

Ich wüsste nicht, dass auf den Fernsehbildern sonst auch manchmal technische Mitarbeiter von irgendwelchen Politikern zu sehen wären. Aber mit diesen Fernsehbildern konnte man später seinem Publikum noch einmal deutlich vor Augen führen, an welcher brisanter Stelle der Ost-Spion doch jahrelang gesessen hatte.

Kann auch Hubertus Knabe etwas zur geschichtlichen Wahrheit beisteuern? Er schrieb den Aufsatz *Der Kanzleramtsspion für Geheimdienste in der Weltgeschichte*. „Nach dem Ende der SED-Diktatur bot die Öffnung der Archive des Staatssicherheitsdienstes die Aussicht, erstmals in die Steuerung des berühmten Kanzleramtsspions Einblick zu nehmen.

Jetzt, so konnte man hoffen, würde man erfahren, wie der unbekannte Parteifunktionär aus Frankfurt, der lediglich über einen Acht-Klassen-Abschluss [aus den Jahren des Krieges] verfügte, bis an die Spitze der Bonner Republik vordringen hatte können. Nun müsste festzustellen sein, wie umfangreich seine Verratstätigkeit gewesen ist und was die Ostberliner Führung über das Privatleben Brandts erfahren hatte. War der Spion auch zur politischen Einflussnahme eingesetzt worden?

Und warum hatte man ihn, als er merkte, dass er observiert wurde, nicht rechtzeitig in die DDR zurückgerufen? Inzwischen steht fest, dass in den Hinterlassenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nicht ein einziges Dokument über Guillaume und seine Rolle im Bundeskanzleramt überlebt hat.“ Wenn es aber doch überlebt hätte, dann hätte man es hinterher einkassiert und entsorgt. Es bleibt aber anzunehmen, dass seine Bildung nicht als repräsentativ angesehen werden darf für die Bildung anderer Mitarbeiter der Beamten in Bonn.

Sie prädestinierte ihn jedoch für die Rolle der Kofferbombe gegen den entspannungsfreudigen Kanzler Brandt.

Für wie dumm hält dieser Knabe Hubertus seine Leserschaft, wenn er fragt: War der Spion auch zur politischen Einflussnahme eingesetzt worden? Diese Wüstlinge haben eine arme und ehrliche Haut schamlos missbraucht und weggeworfen. Beworben hatte er sich nicht um den Job. Georg Leber rief ihn in Frankfurt am Main an und bot ihm die Stelle an. Bedenklich stimmt mich nur, dass er sie annahm, und dass ihn Markus Wolf nicht per Parteibefehl zur Disziplin rief, und zwar im Januar 1970 und nicht erst, als er bemerkte, dass er observiert wurde.

Eine hohe Meinung von seiner antizipierten Leserschaft kann dieser Knabe nicht gehabt haben, als er auf dem Niveau von Bierzeltbrüdern über unseren Geheimagenten 007 schrieb: „Es war der spektakulärste Spionagefall in der Geschichte der Bundesrepublik. Ungeachtet aller staatlicher Sicherheitsvorkehrungen war ein Agent des DDR-Staatsicherheitsdienstes bis in den innersten Bereich der westdeutschen Regierung vorgedrungen. Dabei hatte er nicht nur Kenntnis von den wichtigsten politischen Vorgängen im Kanzleramt und in der SPD-Zentrale erhalten, sondern auch von den persönlichen Schwächen des westdeutschen Regierungschefs. Unter der Last seines Amtes hatte dieser zuweilen Zuflucht im Alkohol oder bei gutaussehenden Journalistinnen gesucht, und Guillaume zählte zu den wenigen Mitwissern.“ Bierzeltniveau. Bei Brandt findet sich das in einem Gespräch im Jahr 1974 realitätsnäher. Da fragte er Journalisten, für wie potent man ihn, den Zweiundsechzigjährigen, denn eigentlich hielte.

Hören Sie sich diesen Knaben an: „Nach seiner Verhaftung kursierten deshalb Gerüchte, der Adjutant habe damals Liebesnächte im Salonwagen per Tonband aufgezeichnet und dem Regierungschef Damen aus der Bahnhofsgegend zugeführt, wofür es jedoch keinerlei Anhaltspunkt gibt.“ Die Gerüchte geistern bis heute in den Köpfen herum. Das hat auch etwas damit zu tun, dass sie weiterhin aufgewärmt werden, wie von Theo Sommer, der in einem Aufsatz über Helmut Schmidt für

Die deutschen Kanzler herumfabulierte: „Wie kaum ein anderer hatte er versucht, Brandt dazu zu überreden, im Amt zu bleiben; trotz der Guillaume-Affäre, trotz der ruchbar gewordenen Frauengeschichten.“ So ist das nun mal. Es gab keinen Anhaltspunkt. Ruchbar geworden.

Doch nicht nur Brandt war heterosexuell. Auch über 007 wusste der Knabe Bescheid: „Auch den weiblichen Beschäftigten trat er betont charmant gegenüber, darunter der Sekretärin Egon Bahrs, mit der er kurzzeitig ein Verhältnis gehabt haben soll – in der Zeit der Verhandlungen über den Grundlagenvertrag nicht unbedeutend für einen DDR-Agenten. Da sich sein Arbeitszimmer über den Diensträumen des Kanzlers befand, wurde zudem darüber spekuliert, er könne Brandt auch abgehört haben.“ Super. Ein Verhältnis gehabt haben soll. Nichts Genaues weiß man nicht. Aber er könne Brandt abgehört haben. Das hätte ihm nur leider nichts genützt, weil Brandt ja auch nicht wusste, was in Bonn gehauen und gestochen war.

Noch so ein kleines bisschen? „Bis heute ist der Fall des Kanzleramtsspions nicht restlos aufgeklärt. Obwohl Guillaume im Dezember 1975 wegen Landesverrats in einem besonders schweren Fall zu 13 Jahren Haft verurteilt wurde, ranken sich immer noch Spekulationen um seinen Auftrag und die Umstände seiner Enttarnung. [...]

Ein Blick in die entschlüsselte Datenbank der HVA zeigt, dass Guillaume keineswegs der systematisch aufgebaute Spitzenspion war, als der er später oft dargestellt wurde. [...] Seine Frau Christel (Deckname »Heinze«) wurde erst im Oktober 1958 als IM registriert, als sich das Ehepaar schon zwei Jahre in der Bundesrepublik befand. Die beiden Vorgänge wurden von einem unbedeutenden HVA-Offizier namens Erich Boldt geführt, der sogenannte Übersiedlungskandidaten ausbildete und im Spionageapparat eher technische Aufgaben wahrnahm. [...] Alles in allem war Guillaume danach nicht mehr als ein Durchschnittsspion.“ Als 007 dann aus der Tagung des Aufsichtsrats der AG für kleine Wohnungen nach Bonn gerufen wurde, übernahm 001 Wolf selbst den Vorgang.

Und dann wurde es noch härter: „Als der Spion nach der gewonnenen Bundestagswahl im Oktober, die erstmals einen Sozialdemokraten in das Amt des Bundeskanzlers brachte, Leber gegenüber den Wunsch äußerte, nach Bonn zu gehen, stieß er auf offene Ohren: Leber fragte den frisch gebackenen Leiter der Abteilung Wirtschaft im Kanzleramt, Herbert Ehrenberg, ob man nicht Verwendung für den verdienten Frankfurter Parteifunktionär hätte. Guillaume wurde daraufhin eine Stelle als Hilfsreferent im Bundeskanzleramt angeboten, und seine Frau konnte etwas später in die Hessische Landesvertretung nach Bonn wechseln. Guillaumes Einstellung im Kanzleramt kam gegen den Willen des Personalrats zustande, der seine mangelhafte Qualifikation monierte und eine Parteibuch-Gefälligkeit witterte. Vor allem aber erfolgte sie trotz erheblicher Sicherheitsbedenken, weil man bei der obligatorischen Überprüfung auf die erwähnten Berichte aus den fünfziger Jahren gestoßen war. Als vermeintlich unbegründete Verdächtigungen aus der Zeit des Kalten Krieges schenkte man ihnen jedoch keine größere Beachtung.“

Da dieser Knabe nach eigenem Bekunden das Poesiealbum des Günter Guillaume, das er später über seine große Zeit im Westen schrieb, gelesen hatte, bindet er seiner Leserschaft hier absichtlich einen Bären auf. Ich wäre bereit gewesen, über seine Zeilen nachzudenken, hätte er mit einem Wort seine Zweifel an Guillaumes Darstellung geäußert, nach der nicht er Georg Leber um eine Anstellung in Bonn gebeten hatte, sondern dass vielmehr Georg Leber ihn während einer Tagung der AG für kleine Wohnungen in dem großen Frankfurt angerufen hatte. Knabe geht also stillschweigend davon aus, dass keiner seiner Leser dieses Buch gelesen hat. Das ist tollkühn. „Nach einer Phase der Eingewöhnung [in Unserem sozialistischen Vaterland, der Deutschen Demokratischen Republik] machte man sich daran, die Legende vom Meisterspion in einem Buch auszubreiten, das im Militärverlag der DDR und 1990, in einer gesäuberten Fassung, auch in der Bundesrepublik erschien.“ Als ich bei Knabe etwas von einer gesäuberten Fassung las, war ich natürlich schlagartig munter.

Nun glauben Sie mir nur nicht, ich hätte mich nicht ganz zügig darum bemüht, die Neuauflage des Poesiealbums von Günter in die Finger zu bekommen. Marion Köhler, die gern und oft in Bibliotheken geht, hat mir dieses Büchli freundlicherweise mitgebracht. Allerdings hatte ich auf einen richtigen Knaller gehofft – etwa in der Preislage, dass die einschlägige Passage bei 007 G. herausgenommen worden sei.

Ich war schwer enttäuscht, dass die Säuberung darin bestand, einfach die Überschrift *Anruf meines Paten* wegzulassen. Die Reinigungskräfte verließen sich offenbar darauf, dass die Stelle dadurch nicht so sehr auffällt. Das Telefonat Georg Lebers mit 007 G. hatte zwar nichts mit der vorhergehenden Überschrift *Nie wieder ein Maßanzug mit Uhrtasche!* zu tun, aber was soll's.

Eine neue Außenpolitik wird konzipiert

„Noch in der Wahnacht habe ich von meinem Empfinden gesprochen, nun habe Hitler endgültig den Krieg verloren. Und ich zögerte nicht, hinzuzufügen, dass ich mich, wenn gewählt, als der Kanzler nicht mehr des besiegten, sondern eines befreiten Deutschland betrachten werde. Ich wollte ein zuverlässiger Partner sein, aber nicht in die Fußstapfen derer treten, die sich wohlfühlten in der Rolle von Mitläufern und alles andere denn geachteten Beifallsspendern.“

In Bonn gingen inzwischen die zwei konträr orientierten Lager ans Werk. Egon Bahr griff den Vorschlag der F.D.P. für einen Vertrag mit Ost-Berlin auf und deutete ihn recht eigenwillig um: „Es bestünde die Gefahr, so wiederholt Bahr, dass die DDR internationale Anerkennung selbst gegen den Willen Bonns erlangen würde. Das zentrale Ziel sollte daher ein »Rahmenvertrag« mit der DDR sein, »der die Teile Deutschlands verklammern« würde und zumindest eine Reihe von Inhalten haben sollte, »in denen die Einheit der Nation berücksichtigt wird.«“ Dieser Logik folgte letztlich auch die Umbenennung des vormaligen Ministeriums „in einer von Adenauers Schubladen“, wie Strauß es ausgedrückt hatte: „Das bisherige Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen wurde in eines für innerdeutsche Beziehungen umbenannt. Dazu fand sich in einem ersten Vorentwurf zur Regierungserklärung Brandts ein Satz, den Scheel mit einem dicken Fragezeichen versah, so dass er später wieder gestrichen wurde (was allerdings an Brandts Absichten nichts änderte). Zur Umbenennung hieß es da: »Der neue Name deutet schon die Richtung an, in die sich unsere Politik gegenüber der DDR bewegen wird.«“

Brandt wollte in seiner Regierungserklärung am 28. Oktober also ursprünglich sagen: „Wir haben das bisherige Ministerium für gesamtdeutsche Fragen entsprechend seinen Aufgaben in Ministerium für innerdeutsche Beziehungen umbenannt. Der neue Name deutet schon die Richtung an, in die sich unsere Politik gegenüber der DDR bewegen wird.“ Hier wird deutlich, dass die mediale Darstellung in späteren

Jahren, auch Herr Brandt habe beabsichtigt, die DDR zum Ausland zu machen, irreführend war. Dass Brandt jedoch nicht gedachte, sich von dem designierten neuen FDP-Außenminister die Richtlinien vorgeben zu lassen, wird in der Klammer deutlich, in der es hieß: was allerdings an Brandts Absichten nichts änderte.

Den Schwierigkeiten, Brandts Eigenmächtigkeiten nun beizukommen, widmete Herr Baring eine andere, ungewöhnlich ausufernde Klammer: „(Kein Wunder, dass Hans Apel, zu jener Zeit immerhin stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, in jenen Monaten mehrfach in sein Tagebuch schrieb: Er frage sich, wo denn politische Entscheidungen in Bonn eigentlich fielen. Nicht im Kabinett. Nicht in der Fraktion. Nicht in der Parteizentrale. Sondern Willy Brandt persönlich spiele, weil er Bundeskanzler und zugleich Parteivorsitzender sei, bei der Willensbildung die entscheidende Rolle.)“

„Der Historiker Waldemar Besson, zu seiner Zeit ein außergewöhnlich scharfsinniger Analytiker der deutschen Außenpolitik, schrieb, dass zwei fundamental unterschiedliche Traditionen nun miteinander in Einklang gebracht werden mussten: die Adenauer-Tradition der unzweideutigen Westbindung und die Bismarck-Tradition, frei in der Mitte Europas mit und zwischen den Staaten um Deutschland herum zu balancieren. Adenauer begegnete Bismarck. Doch nicht nur Besson bemühte den Vergleich mit Bismarck. Auch Henry Kissinger verglich in seinen Memoiren den politischen Ansatz Bahrs mit der Politik Bismarcks. Als Bahr selbst in einem Interview darauf angesprochen wurde, sagte er: »Ich bin, eigentlich solange ich mich erinnern kann, fasziniert gewesen von der Außenpolitik Bismarcks, und ich halte ihn für einen der ganz Großen, die wir hatten.« Doch als der Interviewer anmerkte, Bismarck habe mit viel zu vielen Bällen jonglieren müssen, was ein letztlich »zu kompliziertes« Spiel gewesen sei, antwortete Bahr: »Im Grunde zeigt sich die Meisterschaft wohl erst dann, wenn man ein System hat, das hinterher auch ohne die Erfinder funktioniert.« So weit der Bismarck jener Tage.“ So kommentierte Timothy Garton Ash die beiden Lager. Waldemar Besson behielt nur bedingt

Recht. Es wurden am Ende nicht zwei fundamental unterschiedliche Traditionen miteinander in Einklang gebracht; vielmehr wurde die eine Tradition zu 95 Prozent ausgeschaltet.

Welche Tradition sich am Ende durchsetzte, erfahren wir von Helmut Schmidt in *Menschen und Mächte*. „Einer der entscheidenden Faktoren für die Bonner Ostpolitik war seit 1969 der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner; dreizehn Jahre lang hat er sich, in Übereinstimmung mit seinem freidemokratischen Kollegen Wolfgang Mischnick und engstens assistiert von seinem außenpolitischen Mitarbeiter, meinem Freunde Eugen Selbmann, für den stetigen Fortgang der deutschen Ostpolitik eingesetzt. Besonders an unserer Politik gegenüber Moskau und Ost-Berlin hat Wehner einen hohen Anteil, den allerdings weder die Sowjets noch die öffentliche Meinung in Deutschland in vollem Umfang erkennen konnten. [...] Als ich 1969 Verteidigungsminister werden sollte, habe ich zur Bedingung gemacht, dass Wehner – bis dahin Bundesminister – an meiner Stelle den Vorsitz der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion übernahm. [...] Er mag 1969 und noch 1974, zur Zeit meines ersten Moskauer Besuches als Bundeskanzler, der sowjetischen Führung als Abtrünniger suspekt gewesen sein; wahrscheinlich hat man in Moskau wie in Ost-Berlin erst später seine Bedeutung für unsere Ostpolitik verstanden. Ich hingegen wusste: Wehners ostpolitische Vorstellungen waren schon klar gewesen, bevor Willy Brandt die seinigen entwickelte und bevor dessen damaliger Berliner Mitarbeiter Egon Bahr in der ersten Hälfte der sechziger Jahre vom »Wandel durch Annäherung« sprach. Ich habe in der ganzen Zeit meiner Kanzlerschaft meine Politik jede Woche mit Herbert Wehner abgestimmt, besonders intensiv meine Ostpolitik – und ich habe mich immer auf ihn verlassen können.“ Keine Intimfeinde. Dann flossen viele Substanzen den Rhein hinunter und Jahrzehnte später wurde die Vereinigung ermöglicht, weil Egon Bahr dem Grundlagenvertrag den Hinweis verpasst hatte, man sei sich in der Frage zweier Staatsbürgerschaften nicht einig geworden. Das war der Rest: 5 Prozent. Ohne diese offengehaltene Hintertür hätte es im Jahr 1990 keine Vereinigung mehr gegeben.

Bestätigt sah ich die Sicht, dass Willy Brandt außenpolitisch nicht nur nichts sondern gar nichts von dem erreicht hat, was ihm vorschwebte, durch folgende Formulierung von Karl Moersch in der *Frankfurter Allgemeinen*: „Der Grundgedanke der Ostpolitik, wie sie seit Oktober 1969 von der von SPD und FDP geführten Bundesregierung praktiziert wurde, stammt bereits aus den frühen fünfziger Jahren. Damals machte sich Karl-Georg Pfeleiderer Gedanken über die Überwindung der für uns Deutsche so gefährvollen Ost-West-Konfrontation. Pfeleiderers Mahnung, die Bonner Bundesregierung sollte im Verhältnis zur Sowjetunion auf eine Art »geregeltes Nebeneinander« hinarbeiten, um so dem Frieden in Europa und der Welt zu dienen, fand im Sommer 1952 nur ganz wenig Echo“, war dann jedoch die früheste mir bekannt gewordene Hinführung des Publikums zu jenem geregelten Nebeneinander, von dem seither immer wieder die Rede war, bis das Publikum nur noch bitter brummte, als es 1972 mit dem Grundlagenvertrag mit einer gewissen DDR völkerrechtlich in Beton gegossen wurde. Es ist so herrlich unverdächtig, dass jenes geregelte Nebeneinander von zwei deutschen Staaten immer mit dem Wunsch des Publikums in der BRD nach dem Frieden in der Welt verknüpft wurde; wer wollte denn gegen den Frieden sein?!!

Karl Moersch bietet dann einen populärwissenschaftlichen Abriss der Ereignisse der fünfziger Jahre und benennt danach weitere Beiträge in dieselbe Richtung aus späteren Jahren: „Der große Donnerschlag kam am 13. August 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer. Sechs Monate nach diesem, viele Politiker irritierenden Ereignis erschien in der Wochenzeitung »Die Zeit« ein Aufsatz von Golo Mann, der eine Ost-West-Politik des friedlichen Nebeneinanders empfahl. Dieser Beitrag gab den Anstoß für eine Denkschrift zur »schwierigen Lage der Nation«, die Wolfgang Schollwer, außen- und deutschlandpolitischer Referent in der FDP-Bundesgeschäftsstelle, verfasste. Es war das Plädoyer für eine *modus-vivendi*-Politik, die im Ansatz schon Pfeleiderer angeregt hatte.“ Ich will den frühen Beitrag Pfeleiderers zur Zweistaatlichkeit nicht schmälern, doch das war Adenauers Linie seit 1945.

Die füreinander nicht Ausland sein können

Am Dienstag, dem 28. Oktober 1969, gab Bundeskanzler Willy Brandt seine erste Regierungserklärung. Darin führte er unter Punkt II aus: „Diese Regierung geht davon aus, dass die Fragen, die sich für das deutsche Volk aus dem Zweiten Weltkrieg und aus dem nationalen Verrat durch das Hitlerregime ergeben haben, abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden können. Niemand kann uns jedoch ausreden, dass die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben, wie alle anderen Völker auch. Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, dass das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird. Die Deutschen sind nicht nur durch ihre Sprache und ihre Geschichte – mit ihrem Glanz und ihrem Elend – verbunden; wir sind alle in Deutschland zu Haus. Wir haben auch noch gemeinsame Aufgaben und gemeinsame Verantwortung: für den Frieden unter uns und in Europa. 20 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR müssen wir ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation verhindern, also versuchen, über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen. Dies ist nicht nur ein deutsches Interesse, denn es hat seine Bedeutung auch für den Frieden in Europa und für das Ost-West-Verhältnis. Unsere und unserer Freunde Einstellung zu den internationalen Beziehungen der DDR hängt nicht zuletzt von der Haltung Ostberlins selbst ab. Im übrigen wollen wir unseren Landsleuten die Vorteile des internationalen Handels und Kulturaustausches nicht schmälern: Die Bundesregierung setzt die im Dezember 1966 durch Bundeskanzler Kiesinger und seine Regierung eingeleitete Politik fort und bietet dem Ministerrat der DDR erneut Verhandlungen beiderseits ohne Diskriminierung auf der Ebene der Regierungen an, die zu vertraglich vereinbarter Zusammenarbeit führen sollen. Eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung kann nicht in Betracht kommen. Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein.

Anknüpfend an die Politik ihrer Vorgängerin erklärt die Bundesregierung, dass die Bereitschaft zu verbindlichen Abkommen über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt auch gegenüber der DDR gilt. Die Bundesregierung wird den USA, Großbritannien und Frankreich raten, die eingeleiteten Besprechungen mit der Sowjetunion über die Erleichterung und Verbesserung der Lage Berlins mit Nachdruck fortzusetzen. Der Status der unter der besonderen Verantwortung der Vier Mächte stehenden Stadt Berlin muss unangetastet bleiben. Dies darf nicht daran hindern, Erleichterungen für den Verkehr in und nach Berlin zu suchen. Die Lebensfähigkeit Berlins werden wir weiterhin sichern. West-Berlin muss die Möglichkeit bekommen, zur Verbesserung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der beiden Teile Deutschlands beizutragen. Wir begrüßen es, dass der innerdeutsche Handel wieder zunimmt. Hierzu haben auch die Erleichterungen beigetragen, die durch die Vereinbarung am 6. Dezember 1968 eingetreten sind.

Die Bundesregierung hält einen weiteren Ausbau der nachbarlichen Handelsbeziehungen für wünschenswert. Wir haben das bisherige Ministerium für gesamtdeutsche Fragen entsprechend seinen Aufgaben in Ministerium für innerdeutsche Beziehungen umbenannt. Die Deutschlandpolitik insgesamt kann nicht Sache eines Ressorts sein. Sie ist eine ständige Aufgabe der ganzen Regierung und umfasst Aspekte der auswärtigen Politik, der Sicherheits- und Europapolitik ebenso wie die Bemühungen um den Zusammenhalt unseres Volkes und um die Beziehungen im geteilten Deutschland.“

„Es war nicht Übermut, als ich sagte: Nun habe Hitler den Krieg endgültig verloren, ich würde mich als Kanzler nicht des besiegten, sondern eines befreiten Deutschland betrachten. Die Welt bekomme es mit einer nicht immer bequemen, aber loyalen Regierung zu tun. Ich hatte nicht das Gefühl, den Mund zu voll und mir zuviel vorzunehmen.“ Mit diesen Worten kommentierte Herr Brandt den sogenannten Machtwechsel. Im Unterschied zu *Genschman* wollte er also über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander kommen.

„In seiner Regierungserklärung am 28. Oktober stellte Kanzler Willy Brandt neben der »Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Westen« die »Verständigung mit dem Osten« in den Mittelpunkt seiner Außenpolitik.“ Er sprach von „zwei Staaten in Deutschland“, die „doch füreinander nicht Ausland“ seien, schrieb *Der Spiegel*. Und folgerichtig definierte Otto Winzer, der nach Chruschtschows Ablösung der neue Außenminister der DDR geworden war, „Egon Bahrs Konzept des »Wandels durch Annäherung« aus seiner Sicht einst zutreffend als »Aggression auf Filzlatschen«“. Woher wusste eigentlich *Der Spiegel*, dass Otto Winzers Sicht „zutreffend“ war, wenn im *Spiegel* sonst immer steht, die Anerkennung eines zweiten deutschen Staates ginge angeblich auf Egon Bahr und Willy Brandt zurück? Die Aggression auf Filzlatschen wäre es geworden ohne die Truppenteile in Bonn. Der Herr Breshnjew hätte dabei immerhin seine Westgrenze garantiert gehabt.

Auf der Suche nach Brandts Motiven kommt der britische Historiker Timothy Garton Ash zu dem Schluss: „Wenn wir wirklich alle Beweggründe von Willy Brandts persönlichem Einsatz für diese Politik verstehen wollten, müssten wir weit in der Zeit zurückgehen.

Schließlich war er immerhin schon 56 Jahre alt, als er Bundeskanzler wurde. Wir müssten uns seine prägenden Erfahrungen als uneheliches Kind im wilhelminischen Deutschland und als junger revolutionärer Sozialist in der Weimarer Republik betrachten, seinen Übergang zur Sozialdemokratie im skandinavischen Exil, seine Hoffnung auf ein neues, demokratisches, vereintes Europa – »links und frei« –, mit der er nach Deutschland zurückkehrte, seinen hart erkämpften politischen Aufstieg unter den Sozialdemokraten West-Berlins und der Bundesrepublik und die Auseinandersetzungen zwischen diesen Sozialdemokraten in den fünfziger Jahren. Aber wenn wir all diese Jahre betrachtet hätten, so kehrten wir doch an einen Ort und zu einem Datum zurück, die Brandt selbst an den Beginn beider Bände seiner Memoiren gestellt hat - Berlin, 13. August 1961.“

An diesem Punkt trafen sich Brandts Intentionen und die Wünsche der reformorientierten Ost-Europäer. Timothy G. Ash konstatierte in der

Betrachtung *Im Namen Europas - Deutschland und der geteilte Kontinent* über den tschechischen Außenminister der neunziger Jahre: „1985/86 schrieb Jiri Dienstbier, damals Sprecher der Charta 77, ein Manuskript mit dem Titel *Träumen von Europa*. [...] Und er fand »im Westen nur Standpunkte von Einzelnen und eine einzige größere Konzeption, Brandts Ostpolitik, die mit einem anderen Europa rechnete als dem, an das wir uns alle während des Kalten Krieges gewöhnt hatten.« Hier soll nun untersucht werden, wie richtig diese Beurteilung war, sowohl in Bezug auf Brandts Ostpolitik als auch auf die Politik und politischen Ansätze anderer Staaten, Regierungen, Bewegungen und Individuen in Ost und West.“

Der größte außenpolitische Berater in Washington, Henry A. Kissinger, konstruierte hinter seinem großen Wasser mit einem Lineal die deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Brandt: „Eine solche Politik brachte jedoch auch Gefahren mit sich: Das Außenministerium wies in einem sehr gründlich durchdachten Papier vom 6. Oktober darauf hin, dass die neue Koalition nicht gleichzeitig eine aktive Politik gegenüber der DDR verfolgen und die Integration der Bundesrepublik in eine westeuropäische Gemeinschaft anstreben könne. Das Außenministerium kam zu dem Schluss – und ich stimmte damit überein –, dass »eine aktive gesamtdeutsche und Ostpolitik unter einer SPD/FDP-Koalition den Vorrang haben wird«. [...] Ich hatte den Eindruck, dass die neue Ostpolitik Brandts, die viele als eine fortschrittliche Politik der Suche nach Entspannung ansahen, in den Händen bedenkenloser Leute zu einer neuen Form des klassischen deutschen Nationalismus werden konnte. Von Bismarck bis Rapallo war es das Wesen der nationalistischen Außenpolitik Deutschlands gewesen, zwischen Ost und West zu manövrieren. Im Gegensatz dazu hatte sich die amerikanische (und deutsche) Außenpolitik seit den 40er Jahren darum bemüht, die Bundesrepublik fest im Westen zu verankern, im Atlantischen Bündnis und später in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Mit der Wahl Brandts wurde das Grundproblem der deutschen Außenpolitik wieder sehr deutlich. Die deutsche Nation war seit zwei Jahrzehnten in zwei Staaten aufgeteilt. [...] Jede Regierung der Bundesrepublik war

verpflichtet, die Wiedervereinigung auf ihr Banner zu schreiben. Aber in der gegenwärtigen Lage war dies nur unter der Voraussetzung des völligen Zusammenbruchs der Sowjetunion möglich. Die westlichen Verbündeten waren bereit zu warten; sie wollten für die Wiedervereinigung keine großen Risiken eingehen – zum Teil auch deshalb, weil ein wiedervereinigtes Deutschland bei vielen Westeuropäern und einigen Amerikanern Befürchtungen im Hinblick auf eine neue deutsche Vorherrschaft weckte. [...] Das Aufleben des Nationalismus war immer eine Gefahr, in welche Richtung die Bundesrepublik auch gehen mochte; der Nationalismus ließ sich am besten durch eine von Vertrauen getragene Beziehung vermeiden, die einen anderen Kurs wenig erfolversprechend und riskant erscheinen ließ. Wir waren entschlossen, uns darum zu bemühen, die latente Unvereinbarkeit zwischen Deutschlands nationalen Zielen und seinen Bindungen an die atlantische und europäische Gemeinschaft abzuschwächen. [...] Wir waren dem jedoch keineswegs hilflos ausgeliefert. Die Bundesrepublik verfügte nicht über die Mittel, ihre Ostpolitik auf rein nationaler Basis zu verfolgen – und unsere anderen Verbündeten brauchten den von uns zur Verfügung gestellten Sicherheitsschirm. [...]

Das war unsere Haltung, als Brandt uns am 13. Oktober, bevor die neue Regierung die Amtsgeschäfte offiziell übernommen hatte, bat, seinen persönlichen Vertrauten Egon Bahr zu empfangen. [...] Bahr war ein ungewöhnlich intelligenter Mann und vertraute selbst stark auf seine Fähigkeit, Formeln zu finden, um scheinbar ausweglose außenpolitische Situationen zu bewältigen. Er war entschlossen, die Beziehungen der Bundesrepublik zum Osten zu verbessern; er glaubte, gute Beziehungen zu sowjetischen und ostdeutschen Persönlichkeiten würden ihm bei diesen Bemühungen helfen. Seine Eitelkeit verführte ihn dazu, mit diesen Kontakten zu protzen, und das wurde von seinen Gesprächspartnern gelegentlich zweifellos ausgenutzt.

Seine Feinde – und das waren viele – warfen ihm eine prosowjetische Haltung vor; viele misstrauten seiner angeblichen Verschlagenheit. Bahr gehörte zwar zur Linken, aber ich hielt ihn jedoch vor allem für einen deutschen Nationalisten, der Deutschlands zentrale Lage ausnutzen wollte, um mit beiden Seiten zu feilschen.

Er gehörte zu den Leuten, die immer geglaubt hatten, Deutschland könne seiner nationalen Bestimmung nur gerecht werden, wenn es freundschaftliche Beziehungen zum Osten unterhielt oder wenigstens keine Feindschaft aufkommen ließ. Offensichtlich war Bahr kein überzeugter Anhänger der westlichen Gemeinschaft wie die Politiker, die wir aus den früheren deutschen Regierungen kannten; er war auch frei von allen gefühlsmäßigen Bindungen an die Vereinigten Staaten. Für ihn war Amerika nur ein Gewicht, das auf die richtige Art und zur rechten Zeit zugunsten der Bundesrepublik auf die Waagschale gelegt werden musste.“ Genau so viel wurde in Washington, D.C., verstanden. Nichts. *Alle* Regenten in Bonn seit Adenauer haben Amerika nur als Gewicht benutzt, das auf die richtige Art und zur rechten Zeit zugunsten der Bundesrepublik auf die Waagschale gelegt werden musste. Ein einziger Ausspruch ist mir in die Finger gekommen, der darauf hinweist, dass sie das dann auch mal bemerkt haben. Als die Genfer Konferenz 1959 gescheitert war, hieß es: Der Vorwurf wurde laut, die Deutschen spielten mit den – ihren Schutzmächten eigenen – Mitteln nuklearer Zerstörung, um ihre veralteten Positionen zu behaupten. Das war doch nicht erst Bahrs Masche. Aber Egon Bahr wollte zumindest in den sechziger Jahren noch erreichen, was die US-Amerikaner auch zu erreichen versuchten.

Doch zurück zu den Erkenntnissen Kissingers: „Was seine angebliche Verschlagenheit betraf, so neigte ich zur Auffassung Metternichs, dass nichts schwieriger ist, als mit einer absolut ehrlichen Persönlichkeit Verhandlungen zu führen. Mir fehlte es jedenfalls nicht an Selbstvertrauen, Bahrs Taktik zu begegnen. [...]

Die Regierung Brandt bat uns nicht um Rat, sondern um unsere Zusammenarbeit auf einem politischen Kurs, dessen Grundrichtung schon vorausbestimmt war. Ich war dafür, Bahr zu empfangen, um das Misstrauen abzubauen, das durch Nixons unglücklichen Telefonanruf bei Kiesinger in der Wahlnacht entstanden war. Ich hielt es für wichtig, mit Brandt zusammenzuarbeiten, anstatt gegen ihn. [...]

Bahr unterrichtete uns über den von Brandt beabsichtigten Kurs. Er betonte, diese Politik solle in Zusammenarbeit und Freundschaft mit

den Vereinigten Staaten verfolgt werden, ließ aber kaum einen Zweifel daran, dass die Politik selbst kein Gegenstand von Diskussionen mehr sein könne. Das wichtigste Ergebnis des Gesprächs war, dass Brandt sich laufend mit uns beraten sollte und wir mit ihm zusammenarbeiten würden. [...]

Die Ostpolitik wurde in ein Gewebe von Verhandlungen eingebettet, das die Verhandlungsposition der Bundesrepublik stärkte, aber auch Grenzen setzte, über die die Deutschen nicht ohne die Zustimmung der Verbündeten hinausgehen konnten.“ Hier fiel den Amerikanern und ihrem deutsch-jüdischen Außenpolitiker offenbar ihre Angst vor den denkbaren Ambitionen der Deutschen auf die Füße.

Von diesen Bedenken wusste auch der Kanzler selbst zu berichten: „Man muss nicht Kissingers Memoiren gelesen haben, um zu wissen, dass in den westlichen Hauptstädten ein nur mühsam verborgenes Misstrauen lauerte – nach meiner Wahrnehmung am wenigsten in London; in Paris mit erheblichen Schwankungen zwischen sanftem Verständnis und wilder Spekulation; in Washington lagen die Dinge so einfach, wie Nixons Sicherheitsberater meinem prominenten Mitarbeiter Paul Frank 1970 sagte: »Wenn schon Entspannung mit der Sowjetunion, dann machen wir sie.«“ So ist das mit der Inselromantik. Wir Amerikaner „wussten“ auch zuerst von der Bedrohung durch die Sowjetunion. Also geben auch *wir* Entwarnung. Wahrscheinlich dann, wenn ihnen der BND diesmal erzählt, von der Sowjetunion geht auf einmal keine Gefahr mehr aus. Bloß kein Amerikaner werden.

Bei Arnulf Baring liest man unter der Überschrift *Misstrauen bei den Verbündeten*: „Nachdem die Westalliierten jahrelang mit starkem Druck die Bundesregierung dahin zu bringen versucht hatten, endlich ihre Ostpolitik zu ändern, wurde es ihnen sofort unheimlich, als Bonn tatsächlich auf diesem Gebiet plötzlich großen Eifer an den Tag legte. Das hatte Brandt von Anfang an vorausgesehen.

Schon am Tage seiner Regierungserklärung, am 28. Oktober 1969, hatte der Bundeskanzler in der 3. Kabinettsitzung seine Kollegen gefragt, wer von ihnen eine Einladung zum sowjetischen Nationalfeier-

tag am 7. November bekommen habe und wer sie anzunehmen gedächte. Er halte es für richtig, dass nicht zu viele Bundesminister gleichzeitig an dem Empfang teilnähmen. Man müsse darauf achten, dass die sowjetische Einladung nicht größeren Zulauf habe als die Einladungen unserer Hauptverbündeten.

Solche Vorsichtsmaßregeln konnten westlichem Misstrauen nicht vorbeugen. Besonders die Amerikaner fühlten sich übergangen. Sie klagten, man frage sie nicht mehr, ziehe sie nicht genug ins Vertrauen.“

Erinnern Sie sich, warum die Alliierten damals so misstrauisch waren? Henry Kissinger hatte über die Debatten um das strategische Ziel der westdeutschen Nachkriegsdemokraten festgehalten: „Hier gab es im Widerstand seltsame, bisweilen abstruse Auffassungen über ihre Verhandlungsposition gegenüber den Alliierten und unrealistische, fast naive Vorstellungen – etwa die Forderung nach Wiederherstellung des Reiches in den Grenzen von 1914.“ Und bis 1990 wurde die Forderung nach den Grenzen von 1937 aufrechterhalten. Bis lange nach Brandt. Dazu schrieb der populäre Politologe Arnulf Baring: „Und obendrein: auf Grund ihrer traumatischen Lebenserfahrungen misstrauten Männer wie Henry Kissinger oder Helmut Sonnenfeldt dem Augenmaß, dem politischen Urteilsvermögen der Deutschen. Sie fürchteten daher, dass diese – in ihren Augen – unbedachte, vorschnelle Ostpolitik, zusammen mit dem dubiosen Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz, die DDR dramatisch aufwerten, überhaupt die Position der UdSSR in Osteuropa spektakulär stärken und gleichzeitig den Einfluss Moskaus in Westeuropa vergrößern, besonders die Bundesrepublik tief verunsichern und damit insgesamt den Westen schwer schädigen werden.“ Genau das trat dann nach der Sicherheitskonferenz knapp zwei Jahre nach dem Rauswurf von Brandt auch ein.

Während die Leute in Washington von den westdeutschen Politikern immer hörten, sie seien doch ihre Freunde und Alliierten, begegneten die Amerikaner den Sowjets leider mit großem Argwohn. Der US-Außenpolitiker Henry A. Kissinger schrieb in seinen *Memoiren*: „Inzwischen kam Dobrynin mit dem Vorschlag der Warschauer-Pakt-Staaten,

eine europäische Sicherheitskonferenz in der ersten Hälfte des Jahres 1970 einzuberufen. Zwei Themen sollten auf der Tagesordnung stehen: der Verzicht auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt in den Beziehungen zwischen den europäischen Staaten und die Erweiterung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen sowie des technischen und wissenschaftlichen Austauschs. Ich lehnte sowohl das Datum als auch die Tagesordnung ab. Wir konnten uns nicht mit einem Zeitpunkt einverstanden erklären, bevor nicht bei anderen Verhandlungen Fortschritte erzielt worden waren, vor allem in Bezug auf Berlin; auch konnten wir nicht zulassen, dass die Sowjets das Hauptgewicht auf die Anerkennung des Status quo in Europa legten, bevor nicht die Ergebnisse der Bonner Ostpolitik deutlicher waren; Bonn, nicht wir, sollte die Verantwortung dafür übernehmen, dass man die Teilung Deutschlands akzeptierte.“ An Oder und Görlitzer Neiße. Sonst wäre die Sorge vor der Anerkennung des Status quo nämlich vollkommen überflüssig gewesen. Die Teilung im Harz war 1969 der Status quo. Im Jahr 1970 wurde dann auch vorsichtshalber eine Deklaration verabschiedet, „mit der sich ein Nato-Gipfel für die Einheit ausgesprochen hat“. Und von fern hörte man aus der Gruft John Fitzgerald Kennedy flüstern: „Wir müssen den Status quo anerkennen, um ihn zu ändern.“

Was zwanzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik letztlich Bewegung ins Getriebe brachte, steht auch bei Arnulf Baring: „Es gab zwei Feststellungen in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969, die die Dinge in Fluss brachten. Neben der Ankündigung des neuen Kanzlers, bald den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen unterzeichnen zu wollen (womit er einen jahrelangen, fruchtlosen Stellungskrieg zwischen SPD, CDU und CSU beendete, der zugleich die außenpolitische Rundum-Stagnation der Bundesrepublik, nämlich die Gefahr ihrer Isolierung in Ost und West symbolisiert hatte), war es die Hinnahme der DDR, ihre nunmehr ausdrücklich auch formelle, allerdings immer noch nur partielle Anerkennung durch Bonn“, wobei der Herr freilich suggerierte, Brandt hätte später auch eine vollständige Anerkennung im Visier gehabt. Die Propaganda des Jahres 1982.

Hier ist ein Ausschnitt aus dem ersten Interview, das der neue Bundeskanzler dem *Spiegel* gewährte. Darin fragte ein Redakteur des bunten Magazins: „Werden Sie die Oder-Neiße-Grenze anerkennen?“ Darauf sagte Brandt mit einem Verweis auf den ersten Kanzler der BRD: „Die Bundesregierung wird bereit sein müssen, über Fragen zu verhandeln, die Gomulka im Mai und Jedrychowski im Oktober 1969 aufgeworfen haben. Wir haben in anderer Himmelsrichtung auch Grenzregelungen vorgenommen, ohne eine friedensvertragliche Regelung – im Sinne des Deutschland-Vertrages – zu präjudizieren.“ Vorsichtig führte ihn nun der *Spiegel*-Redakteur an den Gedanken heran, so eine Art Vertrag mit dieser „sogenannten“ DDR abzuschließen, wie er seit Jahren schon längst öffentlich im Gespräch war: „Gelegentlich der 20-Jahr-Feiern in der DDR hat es Gespräche in Ost-Berlin mit Journalisten gegeben, aus denen hier geschlossen wurde, die DDR sei an einem Generalvertrag interessiert, wie die FDP ihn vorgeschlagen hat. Dabei soll sogar das Problem der völkerrechtlichen Anerkennung ausgeklammert bleiben können. Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über eine Normalisierung der Beziehungen zur DDR?“ In seiner Antwort suchte der frischgebackene Kanzler nun den Bogen hinzukriegen zwischen der Vorgängerregierung und seinen eigenen Vorstellungen: „Die Bundesregierung wird sehr bewusst anknüpfen an das, was 1967 durch Bundeskanzler Kiesinger vorgeschlagen worden war. Sie wird dies konkretisieren, deutlicher machen und es frei machen von der Verschüttung, die seitdem eingetreten ist. Ich könnte mir vorstellen, dass wir, statt einen Generalvertrag vorzulegen, zu einer Reihe von Einzelfragen Abmachungen treffen. Ich bitte in diesem Zusammenhang zur Kenntnis zu nehmen, dass wir in der Regierung, deren Kanzler ich bin, statt eines »Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen« ein »Ministerium für innerdeutsche Beziehungen« haben.“

Der Politik ein Gesicht geben

Zum Außenminister der neuen Regierung wurde Walter Scheel aus der FDP benannt. Er war nicht um seinen Kampfauftrag zu beneiden. Er musste einen Weg finden, um einerseits bei Brandt den Eindruck zu erwecken, er vertrete seine neue politische Linie, und musste zugleich an vorderster Front die neue politische Linie verhindern. Das gelang ihm dank seiner eleganten Ausstrahlung ganz vorzüglich. Brandt, der leider nicht mit ausgeprägter Menschenkenntnis gesegnet war, kaufte seinem vornehmen „Juniorpartner“ sogar die Nummer ab, er musste sich erst mal fachlich in die Außenpolitik einarbeiten, nachdem er seit dem Ende der fünfziger Jahre schon *dumm* im Europäischen Parlament herumgesessen hatte.

In seinen *Erinnerungen* räumte Brandt ein: „Ich stimme jenen Kritikern zu, die mir – wenn auch zuweilen krass – ins Stammbuch schrieben, Personalpolitik gehöre nicht zu meinen stärksten Seiten.“ Nein, auch die Personalpolitik gehörte sicherlich nicht zu seinen stärksten Seiten. Über die recht ergebnisarme Arbeit des Auswärtigen Amtes unter der Federführung von Walter Scheel wusste der populäre Politologe Arnulf Baring zu berichten: „Das AA hatte er monatelang nicht im Griff. [...] Scheel kam derart ins Rutschen, dass der Bundeskanzler, der die Probleme von seiner eigenen Außenministerzeit her kannte, seinem Nachfolger und Juniorpartner zu Hilfe eilen und ihn heraushauen musste.“ Der Unterschied zwischen den beiden Problemfällen bestand nur darin, dass Kanzler Kurt Georg Kiesinger kein großer Freund der Außenpolitik von Außenminister Willy Brandt war, während Außenminister Walter Scheel wiederum kein Anhänger der Außenpolitik von Bundeskanzler Willy Brandt war.

Dazu lieferten die ganz unabhängigen Medien der Bundesrepublik die Begleitmusik: „Ein großer Brandt, der einen kleinen Scheel rettete: Das war die Vorstellung, die sich in der Öffentlichkeit damals festsetzte.“ Zugleich wurde Herr Brandt überhöht, so dass ihn die Medien später effektiv eine schräge Ebene hinab rutschen lassen konnten: „Ganz

anders als in späteren Jahren, in denen das Ansehen Scheels wuchs und wuchs, während das von Brandt eher schrumpfte, sah man den Außenminister in seiner Anfangsphase nach 1969 überall wie auf den Karikaturen jener Zeit: Scheel bei Brandt als Zwerg zwischen den Beinen, als Zwerg auf seinem Schoß, auf Brandts Schulter oder ihm aus der Jackentasche lugend, auch als kleines Wurzelmännchen oder Mäuschen. Man lächelte über ihn. Einige höhnten auch. Zumal unter rechten Parteifreunden – in der FDP. Seine eigenen Leute fielen teils über ihn her, teils stoben sie angsterfüllt, irgendwoanders Unterschlupf suchend, auseinander. Scheel blieb bei alledem vollkommen ruhig. Er gab sich entspannt und gelassen. Er tat so, als fechte ihn nichts an, ja als bemerke er es kaum. Dauernd drohte alles zusammenzubrechen. Scheel blieb steinhart. Nach außen war er, wie immer, höflich, aufmerksam, umgänglich, heiter. Ganz unbefangen. Von weiten Bereichen der Außenpolitik wusste er kaum etwas. Was er wusste, verstand er jedoch brillant anzubringen. Schon damals sagten einige von ihm, was sich dann allmählich herumsprechen sollte: Scheel gehöre zu den Menschen, denen man nur einen faulen Apfel zuzuwerfen brauche und schon eröffneten sie erfolgreich einen Obsthandel.“

Der Humor der Eingeweihten hat mich persönlich überwältigt. Willy Brandt, der Hoffnungsträger der Menschen in Europa und in Amerika, war der faule Apfel in den Fluren der Weltmacht in Bonn. Und Baring hatte ganz fraglos Recht, als er nach geschlagener Schlacht über den Außenminister Scheel niederschrieb: „Man musste nur durchhalten. Je enttäuschender der Anfang, desto überraschender und strahlender der Durchbruch, die Anerkennung und Bewunderung.“

Sie fragen sich, wie ich darauf komme, dass mit dem faulen Apfel der Regent in Bonn gemeint sein könnte? Barings Vergleich passt einfach nicht zu seiner Aussage davor. Dort sagt er, dass Scheel nicht im Stoff stand und sich erst allmählich einarbeiten konnte. Es zeigt jedoch die Meisterschaft und Perfektion eines Kandidaten, wenn es gelingt, aus Stroh Gold zu spinnen, wenn da kein Kobold hilft. Der Vergleich passt auch aus einem anderen Grund nicht. Er suggerierte eine anfängliche

mangelnde Eignung von Scheel. Ein zugeworfener Apfel repräsentiert jedoch eine äußere Problematik, mit der sich einer auseinandersetzen muss. Die gewünschte Aussage wäre vielleicht mit der Verwandlung eines hässlichen Entleins in einen schönen Schwan erzielt worden. Der Gag bezieht sich auch deshalb auf den Mann an der Spitze der Bonner Regierung, weil es im Vorlauf eben um einen Vergleich zwischen den beiden Spitzen der Koalition ging. Ich habe ja gar keine Zweifel daran, dass jener Brüller vom zugeworfenen faulen Apfel damals in Bonn die Runde machte; ich denke nur nicht, dass es eine besonders gute Idee war, diesen Insidergag in die Öffentlichkeit zu tragen.

Natürlich hoffe ich, dass Sie sich nicht daran stören, dass ich einen so demokratisch gewählten Kanzler wie den in Bonn als einen Regenten bezeichne; aber auch Baring machte in seinem Vorwort deutlich, dass die Festung Bonn sicher keine Hochburg der Demokratie war, wenn er schreibt: „Von meinem jahrelangen Randdasein bei *Geist und Wort* rührt es sicherlich her, wenn dieses Buch bei allem Bemühen um Genauigkeit, um Wissenschaft, keine der sonst üblichen Anmerkungen enthält. Sie widersprechen dem, was an diesem Hofe üblich, ja zulässig war.“

Der Vertrauensmann von Adenauer und Schumacher, Herbert Wehner, griff sich 1969 die SPD-Fraktion im Bundestag, als deren Vorsitzender er sich den Ruf des „Zuchtmeisters“ beziehungsweise des „Kärnners“ der Partei erwarb. Und Egon Franke vom rechten (!) SPD-Flügel wurde nunmehr der Minister für innerdeutsche Angelegenheiten. Hoffentlich wusste Brandt, dass Franke der „Chef der Kanalarbeiter“ war. Das war durchaus wichtig, denn: „Ohne Egon Franke lief in der SPD nicht viel.“

Wie hatte es Egon Franke damals in den rechten Flügel der SPD verschlagen? Genau wie Kurt Schumacher nach seinen elf Jahren in vier Konzentrationslagern: „Nach der Verfolgung durch die Nazis und Kriegsgefangenschaft gehörte Franke 1945 zu den Mitbegründern der »neuen SPD«. Als enger Mitarbeiter von Kurt Schumacher zog er 1951 in den Bundestag ein. Stets galt er als aufmerksamer Beobachter und geschickter Organisator, der sich gern im Hintergrund hielt und das

Rampenlicht anderen überließ. Als Sprecher des rechten SPD-Flügels formierte er die Abgeordneten in den 60er und 70er Jahren zu einer einflussreichen Gruppe, ohne die in der Partei nichts lief. Seine Laufbahn hatte den gebürtigen Hannoveraner (11. 04. 1913) von der sozialdemokratischen Jugendbewegung der Weimarer Republik über den niedersächsischen SPD-Vorsitz bis ins Bonner Ministerium für innerdeutsche Beziehungen geführt (1969 bis 1982). [...] In dieser Zeit war er maßgeblich an den Häftlingsfreikäufen aus der DDR beteiligt.“

„1933 ging Franke in den Untergrund, wurde verhaftet, überstand den Dienst im Strafbataillon 999. Es war klar, dass er sich sofort nach dem Kriege an der Seite Kurt Schumachers am Wiederaufbau der Partei in Hannover beteiligte. [...] Sein eigentliches Wirkungsfeld aber fand Franke in der SPD-Bundestagsfraktion, der er von 1951 bis 1986 angehörte. Dort kam er als Chef der »Kanalarbeiter«, als Sprecher des rechten, gewerkschaftsnahen, traditionalistischen Flügels zu Einfluss und Macht, ja er wurde zur Legende und für ganze Juso-Generationen zum Feindbild. Als die Sozialdemokraten 1969 im Bündnis mit der FDP in Bonn die Regierungsmacht übernahmen, passte er nicht unbedingt in das Bild eines großen gesellschaftlichen Erneuerungs-Sturms, das sich manche vom Regierungswechsel machten. Ihm wurde das Ministerium für innerdeutsche Beziehungen – so hieß das alte gesamtdeutsche Ministerium jetzt – übertragen; die konzeptionelle Federführung der Deutschlandpolitik lag nicht bei diesem Ministerium, sondern beim Kanzleramt und in den Händen Egon Bahrs. Franke war zuständig für das Unspektakuläre und auch für das, was besser vor der großen Öffentlichkeit verborgen blieb, für Häftlingsfreikäufe, Familienzusammenführung und manches mehr. [...] 1973 verlor er seinen Sitz im Parteivorstand, 1975 musste er seinen Platz als Spitzenkandidat auf der niedersächsischen Landesliste räumen. Noch hielt ihn in Bonn die Macht seiner »Kanalarbeiter« im Kabinett. Aber Franke musste auch erfahren, dass sein Ministerium in seiner Partei immer mehr als Anachronismus betrachtet wurde.“ Also als unzeitgemäß.

Auf Wunsch eines Eingeweihten vom linken Flügel der FDP holte sich Willy Brandt auch noch einen Eingeweihten vom rechten Flügel der FDP in das Boot: „Josef Ertl zum Landwirtschaftsminister zu machen, hatte ich vorgeschlagen“, erinnerte sich Herr Brandt, „um auch den »rechten« Flügel der FDP am Kabinetttisch zu haben; die Anregung stammte von einem »linken« Freidemokraten. [Warum stehen eigentlich diese „Zuordnungen“ *links* und *rechts* in den „wissenschaftlichen“ Abhandlungen so häufig in Anführungszeichen? Quatsch *links/rechts*?] Der bayerische Minister war höchst überrascht, in mir einen Regierungschef zu finden, der nicht nur die bäuerlichen Interessen wahrte, sondern der sich nationalpolitischer Belange viel energischer annahm, als er es je erwartet hatte. Er stellte anheim, ich möge die FDP-Rechten einladen und offen mit ihnen sprechen. Darauf konnte ich mich, an Walter Scheel vorbei nicht einlassen. Wahrscheinlich hätte es an der bald eintretenden Erosion nichts geändert, aber den Versuch wäre es wert gewesen.“ Sicherlich nicht. Josef Ertl scheint seine Show ja recht überzeugend durchgezogen zu haben. Aber das war bei dem Menschenkenner Brandt offenbar auch nicht besonders schwer. Schön ist hier, dass Willy Brandt nicht einmal in Erwägung zog, dass sich die führenden Leute aus der F.D.P., die noch gar nicht so lange drei Punkte benutzten, um sich von den demokratischen Mitbewerbern zu unterscheiden, untereinander längst inhaltlich ausgetauscht haben können. Deshalb musste er nicht gleich eine Verschwörung vermuten; aber wie konnte er solche Absprachen andererseits ausschließen?

Und die neue Elite blieb möglichst auch familiär unter sich, damit der Abendbrottisch nicht die undichte Stelle im System wurde. So war zum Beispiel Josef Ertl seit 1953 verheiratet mit Paula Niklas. Sie war die Tochter seines Amtsvorgängers Wilhelm Niklas, der sich 1935 geweigert hatte, in die NSDAP einzutreten und danach nichts mehr zu lachen hatte. Aus der Zeit der Wiederbewaffnung hat Franz Josef Strauß eine Episode vom 7. Februar 1952 überliefert, die deutlich macht, dass sich die in Frage stehenden Akteure über Jahrzehnte blendend miteinander verstanden. Strauß hielt fest, wie ihn Wilhelm Niklas vor der entscheidenden Rede zur Vorbereitung der Wiederbe-

waffnung ermutigt hatte: „Zwei Tage und Nächte habe ich diese Rede vorbereitet, habe sie meiner Sekretärin diktiert, mehr in Sätzen als in Stichworten wie sonst. Als ich aufstand, um ans Rednerpult zu treten, sagte Bundesernährungsminister Niklas zu mir: »Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang.«“ Wilhelm Niklas war übrigens wie auch Franz Josef Strauß in der CSU, Josef Ertl hingegen in der FDP. Aber das spielte ja, wie hier gezeigt wird, ohnehin keine Rolle.

Am Rande: Dass familiäre Bande noch am ehesten Sicherheit gewähren und vor Pannen schützen, wusste man auch beim BND. Bei Erich Schmidt-Eenboom findet sich zum Beispiel die nachfolgende Sequenz: „Auch in dieser Beschaffungsstelle 923 herrschte die im Hause Gehlen, der selbst gleich 16 Verwandte im BND beschäftigt hatte, favorisierte Form der Familienzusammenführung: Herr MARSCHNER diente als Angestellter (IV a), Frau MARSCHNER auf einer Halbtagsstelle besoldet nach BAT VII, und Sohn Marsen (Deckname DIRK) jobbte bis zum Sommer 1970 als einer von drei Aushilfsstudenten.“ Diese Nummer *Vater, Mutter, Kind in der Staatssicherheit* ist mir aus der DDR auch vertraut. Im Westen nichts Neues. Wir sind ein Volk.

Nur Walter Scheel mochte Willy Brandt außerordentlich

Lauschen wir noch ein wenig Barings Ausführungen: „Das menschliche Verhältnis zwischen Brandt und Scheel war ausgezeichnet. Man mochte sich, verstand sich wirklich ungewöhnlich gut, war beiderseits loyal, im Umgang ganz ungezwungen. [...]

Falls es je zu Spannungen zwischen ihnen kam, rührten sie nie aus ihrem persönlichen Verhältnis, sondern aus dem ihrer Parteien zueinander. Doch solche Meinungsunterschiede zwischen SPD und FDP gab es in jener Anfangszeit fast nie. Zwischen den beiden Regierungsparteien lief es hervorragend. Viele Sozialdemokraten und Liberale schlossen damals Freundschaften miteinander. Im Kern beruhte die Harmonie dieser Koalition indessen immer auf dem engen, vertrauensvollen Einvernehmen von Willy Brandt und Walter Scheel. Brandt schätzte Scheel, diesen schicken zweiten Mann, und seine kleine Partei nicht nur aus Pflicht (weil es eben ohne die FDP keine Mehrheit gab), sondern auch aus Neigung. Wie zwei Schulfreunde schoben sich die beiden in Sitzungen manchmal heimlich Zettel zu.“ Seit jenen Jahren dürfte man Walter Scheel in Bonn den Pferdeflüsterer genannt haben. Klingt das bei Baring nicht richtig gut? Brandt schätzte Scheel. Müsste es nicht eigentlich heißen, Brandt und Scheel schätzten sich sehr ?

Der populäre Politologe Baring wusste freilich auch zu berichten, dass Scheel neben seiner fatalen Unkenntnis in außenpolitischen Dingen durchaus eine präzise Vorstellung von seiner Zielorientierung hatte – nicht weniger, aber eben auch nicht mehr: „Ein Bonner Außenminister müsse gewissermaßen als Generalbevollmächtigter dieses modernen, in Westeuropa führenden Industrielandes Bundesrepublik Deutschland bei allen Staaten der Erde auftreten.

Dieses Konzept entsprach weitgehend den Vorstellungen, die Scheel nicht nur von sich selbst und seinem Amt, sondern auch von den Aufgaben und Möglichkeiten der Bundesrepublik hatte. Diese deutsche Bundesrepublik als den vorgegebenen Rahmen und Raum freien politischen Handels in Deutschland hatte er im Auge – nicht weniger, aber eben auch nicht mehr. Bei vielen Sozialdemokraten, besonders den

Berlinern, dachte man anders. Egon Bahr zum Beispiel zielte unbeirrbar auf ein vereinigt Deutschland ab, das er eben nur auf neuen, intelligenteren, aussichtsreicheren Wegen als denen des alten Konrad Adenauer zu erreichen suchte. Eine solche Sicht der Dinge war nicht die Scheels. Er wollte allen deutschlandpolitischen Ballast abwerfen, der niemandem nützte, aber Bonn einengte und außenpolitisch behinderte, ja lähmte. Die Selbstfesselung der Bundesrepublik durch eine unlösbare Deutsche Frage musste aufhören.

Scheel ging es primär um Handlungsfreiheit, um mehr internationalen Manövrierraum für die Bundesrepublik; er wollte der normale Außenminister eines normalen Landes sein. Hier lag für ihn der Hauptantrieb zur Neuen Ostpolitik.“ Der populäre Politologe weist hier leider nicht darauf hin, dass der Außenminister der Jahre von 1969 bis 1974 nicht gedachte, den Auftrag des Grundgesetzes zu erfüllen. Das macht dann verständlich, warum Egon Bahr später seine Erinnerungen an die Zeit zuvor nachbesserte. Letztlich spielte er diese Nummer später brav mit.

Auf dem Weg zur Anerkennung der DDR musste nun zuerst die Hallsteindoktrin weichen: „Als Ersatz folgte die – nach dem ersten Außenminister der sozialliberalen Koalition benannte – Scheel-Doktrin: Eine Anerkennung der DDR wurde nicht mehr als »unfreundlicher Akt«, sondern als »weder hilfreich noch freundlich« interpretiert. [...]

Bereits die erste Feuerprobe bestand die Scheel-Doktrin nicht, als es galt, den gerade gewählten chilenischen Präsidenten Salvador Allende von einer Anerkennung Ost-Berlins vor Abschluss eines deutsch-deutschen Grundlagenvertrages abzuhalten. Regierungssprecher Conrad Ahlers bestätigte daraufhin am 22. April 1971 offiziell, dass an größere Sanktionen nicht gedacht sei und die laufenden Entwicklungshilfeprojekte für Santiago weitergeführt würden.“

Eine Sprosse zu hoch gefasst

Hinter den Kulissen in Bonn gab es im Spätherbst 1969 freilich noch ein paar technische Komplikationen. Günter Guillaume schrieb über die zermürbenden Wochen des Wartens, die er nach seinem Bekunden nicht genutzt hat, um aus Ost-Berlin die Erlaubnis für sein eigenmächtiges Handeln einzuholen, unter der Überschrift *Der Personalrat des Kanzleramts legt sich quer*: „Ich hatte nur damit gerechnet, mit Georg Lebers Hilfe nach Bonn zu gehen. Seine Ankündigung, dass mich ein Posten im Bundeskanzleramt erwarte, traf mich völlig überraschend. Ich musste mich in aller Schnelle entscheiden, zu Konsultationen mit Berlin blieb keine Zeit. [...] Am Telefon sagte mir Herbert Ehrenberg: »Günter, wir kennen uns lange genug – du bist dafür der richtige Typ. Ich brauche keinen Laufbahnbeamten und keinen Akademiker. Ich brauche einen kommunikationsfreudigen Typ. Ich denke, dass Ehmke einverstanden sein wird.« Die Vorstellung beim Kanzleramtschef in Bonn ging ruck, zuck, ohne große Förmlichkeiten vonstatten, ganz in dem Stil, der während der ersten Monate für die neue Regierung typisch war.

Ehrenberg nahm mich mit in die Lobby des Bundeshauses. Es war der 11. 11. 1969 – für die Uhrzeit kann ich mich nicht verbürgen. [Sicher war es 11 Uhr 11, aber Scherz beiseite.] Ehmke begrüßte uns mit einem Wink und nahm uns mit ins Beratungszimmer der Fraktion. Hier erfolgte die Vorstellung. Nur wenige Worte wurden gewechselt. Horst Ehmke musterte mich. »Wir müssen Schwung in den Laden bringen. Darüber musst du dir im Klaren sein!« Dann ebenso flott zu Ehrenberg: »Also in Ordnung! Wenn du den Mann haben willst, bitte! Aber fangt mit der Arbeit bald an!« Schon ein paar Tage später schickte mir die Personalabteilung per Post die Unterlagen zu, die ich für den Einstellungsvorgang auszufüllen hatte.

Es handelte sich um einen üblichen Personalbogen, daneben um ein Formular, auf dem ich eine Erklärung abzugeben hatte. Natürlich war ich auf diese Anforderung vorbereitet. Dennoch – die vorgedruckten Fragen auf dem Formularbogen machten mir noch einmal schlagartig

bewusst, dass Bonn eben doch ein anderes Pflaster war als Frankfurt. Mit der Gemütlichkeit der Provinz war es vorbei.“

Ich höre Guillaume sehr gern aus der Schule plaudern: „Zum Zeitpunkt meiner Einstellung galten noch die Richtlinien für die Sicherheitsüberprüfung von Bundesbediensteten in der Fassung vom August 1960. Im Sinne dieser Richtlinien galt das Bundeskanzleramt als eine oberste Bundesbehörde. Bei jedem dort beamteten oder angestellten Mitarbeiter wurde praktisch vorausgesetzt, dass er Zugang zu Verschluss-sachen zumindest bis zu VS-Grad »Geheim« haben würde. Dementsprechend wurde jeder ohne Ausnahme einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Ich war in jenen Tagen von einer nervösen Spannung erfüllt, fühlte mich wie ein Prüfling, der mit magenaushebendem Ehrgeiz eine gute Hausarbeit liefern will. [Das hatte Wolf befürchtet.] Bei aller Vorsicht, die das Unternehmen erforderte, war ich voller Angriffslust. Die Lage war unsicher, aber instinktiv wusste ich, dass sie zu meistern war, wenn ich selbst Sicherheit gewann. Dieser gleichermaßen bange wie zuversichtliche Seelenzustand war es wohl, der mir damals die Sicht verstellte auf etwas . . . , auf eine ganz gewisse Stimmungslage, die ich erst heute im Rückblick zu erkennen glaube. Ich kann mich irren, aber ich denke, dass Christel in jenen Tagen, als wir zusammen die mir abverlangte Sicherheitserklärung besprachen, von einer ahnungsvollen Unruhe erfasst wurde, die sie nie wieder ganz verließ.

Es widersprach der Tapferkeit ihres Charakters, darüber auch nur ein Wort zu verlieren, und ich war wohl schwerhörig für das, was unausgesprochen in der Schwebe blieb. Solche Stimmungen sind schwer zu beschreiben, noch dazu, wenn man sie voller Unsicherheit aus der Erinnerung rekonstruieren soll. Was sich da in aller Stille bei Christel zusammenschob, war wahrscheinlich die Frage, ob ich im Begriff war, eine Sprosse zu hoch zu greifen. Bis dahin hatten wir einen sicheren Stand gehabt, jetzt fing die Leiter an, ein wenig zu schwanken.

Ende November packte ich die ausgefüllten Papiere zusammen und schickte sie nach Bonn zurück. In einem kurzen Begleitschreiben bestätigte ich, dass ich die Geschäftsführung in der Frankfurter Stadt-

verordnetenfraktion termingerecht zum 31. 12.1969 niederlegen und wunschgemäß zum Dienstbeginn im Kanzleramt am 1. 1. 1970 antreten könne. Danach wurde es merkwürdig still. Weihnachten rückte näher, und damit der Termin meines Arbeitsplatzwechsels, aber aus Bonn kein Zeichen. In den Frankfurter Lokalblättern erschienen Meldungen über den geplanten Umbau in der Leitung der SPD-Stadtverordnetenfraktion zum Jahreswechsel: Martin Berg sei als neuer Fraktionsgeschäftsführer vorgesehen in Nachfolge von Günter Guillaume, der eine Funktion im Bonner Kanzleramt übernehmen werde. Das war so weit alles richtig – nur fehlte nach wie vor die offizielle, arbeitsrechtlich gültige Bestätigung aus Bonn. Ein Tag nach dem anderen verging, und mit jedem Tag wurde das Warten ungemütlicher. Was war passiert? Wie ich später aus den Darstellungen der zahlreichen Untersuchungsgremien entnehmen konnte, hatte sich der Personalrat des Kanzleramts, die einem Betriebsrat analoge Belegschaftsvertretung, quergestellt. An seiner Spitze stand als Vorsitzender ein Ministerialrat namens Seemann, ein alteingesessener Parteigänger der Unionskanzler, dem natürlich die neue Richtung nicht passte.

Erst mit Schreiben vom 10. Dezember 1969 lehnte dieser Seemann unter Berufung auf einen Beschluss des Personalrats, den er fest in Händen hatte, meine Einstellung ab. Die Begründung lautete etwa folgendermaßen: In der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundeskanzleramts habe bisher selbst die Verwendung nur als Hilfsreferent eine abgeschlossene Hochschulausbildung vorausgesetzt. Da der Bewerber der Partei angehöre, die derzeit den Bundeskanzler und den Chef des Bundeskanzleramts stelle, bestehe der Verdacht, dass durch die beabsichtigte Einstellungsmaßnahme ein nicht geeigneter Kandidat nur mit Rücksicht auf seine politische Betätigung und Einstellung bevorzugt werden solle. Ende 1974 wurde Dr. Seemann als Zeuge vor den Guillaume-Ausschuss des Bundestages geladen. Dort formulierte er seine Position noch bissiger: »Es ging nicht darum, einen geeigneten Mann für einen Posten, sondern für einen ungeeigneten Mann einen geeigneten Posten zu finden.« Doch auch das machte ihn noch nicht nachdenklich. Natürlich nicht. 001 Wolf aber leider auch nicht.

Moskau und Deutschland

Bei dem nachfolgenden Gedanken stehe ich vor einem Rätsel. Ich habe bisher angenommen, in Moskau sei mit der Wahl Breschnevs 1964 die Deutschlandpolitik komplett umgestellt worden. Dafür würde auch die nachfolgende Darstellung von Egon Krenz (SED) sprechen: „Viele Jahre haben wir eine linke Option für die Vereinigung gehabt. Sie stand sogar noch in der 1968 beschlossenen Verfassung der DDR. Sie wurde durch Moskauer Vorgaben verändert. Nun, da alles den Berg hinunterfließt, koppeln sich ausgerechnet sowjetische Deutschlandexperten ab. Sie stellen die Geschichte auf den Kopf. Was in Moskau erdacht und nicht aufgegangen ist, schieben sie einseitig der SED in die Schuhe. Noch bevor sich die DDR von ihrer Verfassung aus dem Jahre 1949 verabschieden konnte, wurde der Entwurf ihrer neuen Verfassung 1967 im Politbüro der KPdSU erörtert. Alle Empfehlungen der sowjetischen Verbündeten flossen in die Verfassung ein. Kurz danach, 1969 wurde Brandt Bundeskanzler. Unmittelbar nach dessen Regierungserklärung rief Walter Ulbricht in seinem Gästehaus am Döllnsee bei Berlin das Politbüro zusammen. Honecker vertrat den sowjetischen Standpunkt, in Westdeutschland habe es zwar einen Regierungswechsel, jedoch keinen Machtwechsel gegeben. Mit der Wahl Brandts würde sich nichts Grundlegendes ändern.

Ulbricht widersprach: Westdeutschland sei zwar weiterhin ein monopolkapitalistischer Staat, meinte er, jedoch mit einer Regierung, in der die SPD die Richtlinien der Politik bestimme. Das sei etwas Neues in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Der Stoß der DDR dürfe nicht gegen Brandt geführt werden. Er muss Strauß und Thadden gelten. Ulbricht ließ keinen Zweifel, dass er die deutsche Frage für eine linke Option offenhalten will. Er strebte »die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus« an.“ Am Rande: Wenn sich Strauß seit den fünfziger Jahren mit den Agenten von Markus Wolf getroffen hat, ist es schwer verständlich, warum sich ein Stoß gegen ihn richten sollte. Nur weil er im Bundestag den ande-

ren Teil seiner Rolle aufführte? Der arme Kerl. Bei dem neuen NPD-Vorsitzenden Adolf von Thadden war es schon weitaus schwieriger herauszufinden, dass er zu den Eingeweihten gehörte. Sie erinnern sich vielleicht an meine Ausführungen unter dem Jahr 1949.

Aber zurück zum Nachdenken über die Moskauer Deutschland-Politik. Karl-Heinz Arnold, der seinerzeit der stellvertretende Chefredakteur der *Berliner Zeitung* war, und somit ein intimer Kenner der Arbeiter- und Bauern-Macht in Ost-Berlin, lieferte eine interessante Ergänzung in dieser Angelegenheit: „Hatte man Anfang der 70er Jahre nicht intern von Auseinandersetzungen eines sowjetischen Deutschlandexperten mit dem Generalsekretär der SED gehört, von scharfen Meinungsverschiedenheiten in eben dieser Frage? Gab es nicht von realistisch denkenden sowjetischen Außenpolitikern den Rat, die DDR möge die These von einer Nation in zwei Staaten beibehalten?

Offenbar hat solcher Rat nur taube Ohren gefunden. Honecker und seine Getreuen wollten partout ihre extra sozialistische Nation, wollten dies auch per Verfassungsänderung festgeschrieben haben.

Wahrscheinlich hat Außenminister Gromyko, der Außenminister der sowjetischen Führung, die Konstruktion von den zwei deutschen Nationen selbst befürwortet und Honecker in dieser Idee – wer immer sie ihm beigebracht hatte – bestärkt.“

Wenn ich alles einbeziehe, was ich darüber gelesen habe, klingt das nach einer Kontroverse innerhalb der sowjetischen Führung, die auch nach 1964 nicht beigelegt war. Denn ich hatte mich zuvor gewundert, wie es zu verstehen sein könnte, dass Herbert Wehner im Jahr 1970 (!) die DDR-Regierung über den Unterhändler Prof. Dr. Wolfgang Vogel „vor der Achse Bonn-Moskau gewarnt“ haben soll. Das bezog sich auf die Gespräche von Leonid Breschnjew mit Willy Brandt am Schwarzen Meer. Damals soll der Satz weitergegeben worden sein: „Passt auf, die machen Politik über eure Köpfe hinweg!“ Dann hat Breschnjew ja wohl nur streckenweise in der Teilung eine Lösung des Problems gesehen.